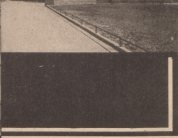


Der **H** Heimatsdienst



FRANKFURT ^A

Das alte Rathaus / Turm der
Marienkirche / Eingang zur Marien-
kirche / Die Hindenburgschule /
Siedlungsbauten



Staat und Wirtschaft.

Von Ministerpräsident Dr. Otto Braun.

Alles menschliche Schaffen und nicht zuletzt die Arbeit des Politikers wie des Wirtschaftlers hat zur Voraussetzung einen gewissen Optimismus. Wo diese Grundhaltung nicht gegeben ist, fehlt die letzte und stärkste innere Triebkraft zur konsequenten Arbeit.

Solch Optimismus entläßt im letzten Endes auch den nicht, der sich unter den heutigen Verdächtigungen Bedenkhaft gibt und was, was bisher in und für Deutschland erreicht worden ist. Nur in einer Generation, für die scheinbar die Schrecken der Inflationzeit und der Raubbesetzung, die damals höchst akute Gefahr des politischen Auseinanderfallens des Reiches und des Verlustes der Rheinlande, schon in weiter ferne des Vorgehens gerückt ist, können Menschen und politische Gruppen aufstehen, die sich mit launenerregender Unbeliebtheit und Hartnäckigkeit gegenüber allen Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte gegen die sogenannte Erfüllungspolitik wenden. Gegen eine Politik also, mit der Deutschlands staatliche Einheit gewahrt geblieben ist und seinem wirtschaftlichen Wiederaufstieg die Wege geebnet worden sind — einem Wiederaufbau, an den heute vor 11 Jahren oder auch nur vor 6 Jahren niemand geglaubt hätte. Optimismus im hier gemeinten Sinne heißt eben nicht, durch eine rosafarbene Brille sehen, die vielmehr, die Erkenntnis von dem einzig Richtigen und Möglichen mit dem Mut zum konsequenten Handeln und auch mit dem nicht geringeren Mut zur zeitweiligen Unpopulartät haben.

Aber auch in anderer Hinsicht erweist sich ein Optimismus, der daran glaubt, daß die Geschichte der Menschheit oft in Kurven, aber doch schließlich in aufwärtssteigender Linie verläuft, als begründet.

Gegen alle früheren Staatsorganisationsformen bedeutet der heutige demokratische Volksstaat einen infanzant erscheinenden Fortschritt der Menschheitsgeschichte. Man denke etwa — ich kann hier nur mit Schlüsselworten andeuten — an das Sparta der klaffschellenischen Zeit, in dem es zuweilen vorkam, daß die hundert Heloten, also Arme, Besties, Knecht, einfach toteschlagen wurden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande schlecht waren und man Eifer los werden wollte, arme Hörige, die nicht als Menschen galten, denen der Staat Schutz zu verleihen hatte, sondern als Besitz, dessen sich der Eigentümer jederzeit auf die beste und billigste Weise entledigen konnte. Oder man erinnere sich, Jahrhunderte übergingen, an die unruhigen Zeiten der krossen und europäischen Mittelalters, an den Staat als brutalen Steuerintendanten, Kriegsherrn und plündernden Eroberer kannte, weiter an die Zeit deutscher Herrschaft nicht noch vor 150 Jahren, wo Laufende von Landesfürsten zum Landesboten, der mit dem Staat sich identifizierte, Gewinnes halber an ausländische Staaten verkauft wurde. Mit solchen Geschichtsfakten vergleiche man den Sag unserer Weimarer Verfassung, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht habe, und man wird zugleich, daß zwischen damals und heute sich ein impotentes Still Menschheitsgeschichte und Menschheitsentwicklung vollzogen hat.

Der heutige Volksstaat will nicht einen kleinen Perzententeils das Relief unbeschränkter Machtfülle geben, sondern er hat die Aufgabe, die Gesamtinteressen des innerhalb seiner Grenzen wohnenden Volkes wahrzunehmen. Er fühlt sich verantwortlich für alles Geschehen in ihm, er sieht es als seine Aufgabe an, die Voraussetzungen, die Befähigten aller Schichten sich entwickeln zu lassen, das Gesamtniveau der Bevölkerung an Gesundheit, Bildung, Wohlstand und menschlicher Gestaltung zu erhöhen, die Lebensbedingungen in jeder Hinsicht zu verbessern und diejenigen in ihre Schranken zurückzuweisen, die sich aus sozialer Gefinnung und Gerdöhnung mit dem Gedanken an ein Gemeinwohl, dem sich jeder zu beugen habe, nicht befeuern können. Der Wirtschaft als Gesamtheit gegenüber heißt das losgeh, daß der Staat Vorkehrungen treffen muß, um zu verhindern, daß das Gleichgewicht im Volke durch das zu starke Überwiegen privatwirtschaftlicher Machtgruppen dieser oder jener Art gestört und das Gemeinwohl dadurch beeinträchtigt werde. Daraus aber folgt keineswegs, daß man Staat und Wirtschaft notwendig Gegenkräfte sein müssen, und daß sich die Wirtschaft als Oppositionskräfte gegen den modernen demokratischen Staat mit dessen weitem Aufgabenkreis und dessen aktiver Einwirkung in Wirtschaftfragen die losigste Konsequenz sein müsse. Im Gegenteil: eine richtig verstandene und geleitete Wirtschaft kann nur eine Zielsetzung haben, nämlich die: der Gesamtheit zu dienen. Einmal aus allgemeiner Wirtschaftsmoral heraus und soeben aus Klugheit und aus der Erkenntnis, daß eine prosperierende Wirtschaft nur in einem geordneten Staatswesen und auf der Basis einer wirtschaftlich gesunden, kaufkräftigen Gesamtheit des Volkes möglich ist. Wirtschaft im rechten Sinne des Wortes will ja nichts anderes sein als die Lebensunterstützung der Menschen. Und nur wenn sie im Selbstzweck, zum hindernislosen Überleben Produzenten um des Konsums willen wird, oder der Befriedigung des Machtbedürfnisses

und der Herrschgüßigkeit einzelner Gruppen und mächtiger Männer dienen soll, wird sie aus einem Segenpenden zum Unheil, das sich gegen das eigene Volk kehrt. Hier wäre auf ein Wort von Walter Rathenau zu verweisen: „Der am persönlichen Geldgewinn hängt, kann kein großer Geschäftsmann sein.“

Der Typ des „Zurgedröberdierens“ und des Unternehmers, der mit harter Einseitigkeit sein Unternehmen für den Mittelpunkt des Geschehens hält und mit unversöhnlicher Feindseligkeit all dem gegenüber steht, was vom Standpunkt der Gesamtheit und des Gemeinwohls ihm gegenüber geltend gemacht wird, ist verhängnisvoll für die Volkswirtschaft. Zum idealen Typ des Unternehmers gehört eben heute nicht nur die Gabe des Schöpferischen und der engen persönlichen Derkennung mit seinem wirtschaftlichen Lebenswerk, sondern auch Einsicht in die Dinge um ihn herum in dem Maße, daß er allgemeine Interessen und das Recht des Staates auf synthetische Derkennung dieser Gesamtinteressen anerkennt. Er muß sich damit abfinden, daß der Volkstaat nun heute, der sich nicht auf Bajonette stützen und Gewaltherrschaft üben, sondern das Vertrauen des Volkes in weitestem Maße eringen will, sich nicht mehr in die viel bespöttelte „Machtüberrolle“ des mandelherlichen Staates zurückziehen läßt. Der Volkstaat darf die Dinge nicht laufen lassen, sondern muß sie, seiner Silberrolle und seiner Verantwortung für das Gemeinwohl bewahrt, von hoher Interessenmarke aus regeln. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß der moderne Volkstaat in die Wirtschaft eingreifen will, um sie etwa seine Macht hinzu zu lassen oder um ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Der Hinweis auf den Zwang des Staates als Förderer der Gesamtheit, zu der ja auch die Wirtschaft gehört, und die Erkenntnis von der überaus großen Komplexität der modernen Wirtschaft mit ihren durch groben und willkürlichen Eingriff nur zu leicht zerstören, aber schwer wiederherzustellen seinen Maßstab verbietet eine solche unerbändige Auffassung von selbst. Wichtig ist nur die Frage, mit welchen Mitteln der Staat die Rolle der Wirtschaft im Gemeinleben des Volkes regulieren will. Ob durch das schwere Gefäß der Gesetze und Verordnungen, oder durch die geleitete Arbeit des Verhandelns und der Einwirkung, oder endlich durch Beeinflussung der Preis- und Produzentenpolitik mittels eigener wirtschaftlicher Betätigung.

Das Recht zur Produktion hat man dem Staat des öfteren bestritten und meinet „Erstaunen mit gutem Grund“, weil die staatliche Verwaltung der ganzen Natur des Wirtschaftswesens sich als ungeeignet, weil zu teuer und zu umständlich arbeitend erweist, und weil somit nicht mit dem geringsten Aufwand der denkbar größte Nutzen für die Gesamtheit des Volkes herausgeholt wird. In einer großen Anzahl anderer Fälle, z. B. bei der Elektrizitätspolitik des Preussischen Staates, wird man den einmal beschrittenen Weg unbedingt weitergehen müssen, weil es zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik unseres Staates gehört, durch das Mittel der staatlichen Elektrizitätspolitik nachdrücklich dafür zu wirken, daß den Konjunktur die elektrische Kraft nicht zu wertvoll wird, und daß die Derkennung mit Licht und Kraft niemals in einer Weise verfallen und monopolisiert werden kann, daß daraus Gefahren und Nachteile für die Allgemeinheit erwachsen. Gerade Vertreter des richtig verstandenen Gebankens einer freien Wirtschaft, also einer Wirtschaft, die nicht durch übermäßige Privatmonopole die Freiheit tatsächlich genommen wird, sollten es begrüßen, wenn der Staat hier seine Zurückhaltung aufgibt und aktiv in das wirtschaftliche Geschehen eingreift.

Aufgabe des Staates ist es, durch Überwachung der Wirtschaftspolitik, auf die er keineswegs verzichten kann, darauf hinzuwirken, daß man sich der Gesamtinteressen nicht nur in schwierigen Zeiten erinnern soll, sondern gerade dann, wenn man im Vollbesitz seiner Kräfte und damit seiner wirtschaftspolitischen Dispositionsfähigkeit ist. Der Staat ist nicht lediglich zum Sanieren, sondern zum Regulieren, zum Festen, Ordnen und Führen da. Er läßt sich nicht lediglich als Helfer in der Not heranziehen, wenn irgendein Zusammenhang droht, und sich nachher wieder in die Höhe stellen, als der Höhe, der seine Schuldigkeit getan hat, sondern man sich im übrigen ein Hineinleben verbietet, und gegenüber dessen Befragungen politischer und staatsbürgerlicher Art man fühlt bis ans Herz hinan, und oft sogar betont selbständig steht. Das Mindeste, was der Staat von den Wirtschaftsfreien fordern kann, die von ihm verlangen, daß er ihre Lot auch als Volksmot anerkenne, ist, daß auch sie ihrerseits sich positiv zum Staate einstellen und sich ihren Pflichten gegen die Gesamtheit in dieser schweren und immer noch kräfteverzehrenden Aufgabe nicht entziehen. Andererseits kann es dem Staat, der ja die Steuergelder des ganzen Volkes zu verwalten hat, nicht zugemutet werden, diese ihm anvertrauten Gelder für Sanierungsarbeiten zu verwenden, aus denen nicht einmal Anerkennung, Dankbarkeit und Treue für den Staat des Volkes erwächst.

Besonders heftige Vorwürfe gegen den Staat werden des öfteren mit der Steuerlast, die er auflegen muß verbunden. Man verkennt hier zu oft, daß in folchem Gegensatz zwischen Wirtschaft und Staat für den Staat eine gewisse Tragik liegt. Der Staat zieht den Hauptteil seiner Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern, da er ja allein aus Zöllen und ähnlichen Abgaben nicht so viel erhält, um damit seine Aufgaben erfüllen zu können. Er muß die Wirtschaft und alle Kreise des Volkes zu Steuern heranziehen. In guten Zeiten, wo verdient wird, sind diese Steuern der Wirtschaft erträglich. In schlechten Zeiten aber, wo der Staat gern der Wirtschaft in ihrem Erstlingskampf helfen möchte und auch in verstärktem Maße darum angegangen wird, kann er ihr in der Steuerbelastung nicht soweit entgegenkommen, wie er will, weil er nicht gerade in Krisenjahren außerordentlich stark vermehrte Anforderungen und Hilferufe aus allen Volksteilen an den Staat herankommen, so daß er sein Budget nicht, wie er gern möchte, finanziell ermäßigen kann, sondern in voller Höhe der guten Einkommensjahre unumgänglich aufrechterhalten, wenn nicht gar erhöhen muß. Man mag dann über ihn in der Wirtschaft als barsüchtig und unerbittlich, ohne immer gerecht zu würgen, daß der Staat hier vor einer Zwangssituation steht, die er selbst nicht herbeiführen hat, sondern aus deren Ueberbore große volkswirtschaftliche Krisen oder gar weltwirtschaftliche Konjunkturumschwendungen, die sich naturgemäß auch in der Staatsfinanzwirtschaft auswirken, anerkannt werden müssen. In guten Jahren aber wiederum kann der Staat eine Reserve zum Ausgleich für Krisenjahre nicht annehmen, weil man ihm sonst aus der Wirtschaft heraus mit Recht vorwerfen würde, daß er beschränkter und dadurch die Arbeit der Wirtschaft und Kapitalbildung hütet.

Häufig wird gegen den Staat vorgebracht, daß er die Sozialpolitik zu weit treibe, und daß er die fürderlose Hilfe der Arbeiter und Angehörigen überspanne. Auch hier sind tiefere Einsicht schnell den richtigen Weg. Die Wirtschaftsmöglichkeiten Deutschlands bauen sich nicht allein auf seinen sachentwärtigen technischen Einrichtungen und auf seinen Rohstoffen und Bodenschätzen auf, aus deren Rezervoir noch dazu der Krieg mit seinen Derlusten an Land einen großen und wertvollen Teil herausgehoben hat. Sie beruhen auch nicht nur auf den mühsam wieder angeknüpften internationalen Verbindungen und dem Zutritt fremden Kapitals. Ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaftschancen beruht vielmehr auf dem großen Heer aus ausgebildeten, gelernter Facharbeiter, die gerade im industriellen Deutschland eine, wohl durch kein anderes Land übertrifftene Erlangung zur Qualitätsarbeit genossen haben. Diese Arbeiterkraft leistungsfähig zu erhalten, ist ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung der Industrie. Und ebenso ist es, vom Staate aus gesehen, ein Gebot der elementarsten Staatsmoral, dafür einzutreten, daß diese Arbeitermassen durch anfängliche Bezahlung auch ihren Anteil an den Werten erhalten, die sie schaffen helfen. Der Staat muß weiter dafür sorgen, daß durch eine, den Anschauungen des modernen Volkshautes entsprechende Sozialpolitik diese Männer und Frauen der Arbeit mit ihren Kindern vor bitterer Not geschützt sind, wenn zeitweilige Arbeitslosigkeit sie auf die Straße schiebt, und daß das Gefährnis des Hungers und der schwersten Sorge von ihrer Schwelle weicht, wenn der Körper einmal verlastet und Hand und Auge nicht mehr den schweren Dienst unter Tage im Bergschacht oder an der Fabrikmaschine und an den anderen Stätten der Arbeit verrichten können.

Jeder Unternehmer weiß, was es für eine Fabrik bedeutet, die eine Zeitlang stillgelegt werden mußte, und deren ältester Arbeitermassen abgewandert ist und nicht wieder zurückgeführt werden kann. Hinlänglich bekannt ist, was Länder, wie beispiels-

wiese die Schweiz und in den letzten Jahrzehnten auch der industrielle italienische Norden, erreicht haben. Länder, die keine Kohle und andere elementar wichtigen Rohstoffe besitzen und die allein durch die Heranbildung einer guten Arbeiterkraft zu sein durchgebildeten Qualitätsarbeit dieses Mantos ausgleichend und sich Absatzmärkte erobert haben. Wer das weiß — und welcher Wirtschaftler kennt diese Dinge, die für ihn Binsenwahrheiten sind, nicht! — und trotzdem sich nicht dazu verheißt, die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterkraft anzuerkennen, treibt eine außerordentlich kurzfristige Politik, die sich bitter an der gesamten Wirtschaft rächen müßte, wenn sie sich nach den Wünschen jener Kreise Wirklichkeit würde, und wenn nicht immer wieder der Staat zugewandert und im Allgemeininteresse das Niveau unserer Tarif- und Sozialpolitik auf dem Stande halten würde, der uns allein die Erhaltung einer intelligenten, gesunden und leistungsfähigen Arbeiterkraft gewährleistet.

Niemand wird behaupten können, daß die Gemeinschaften in der Dertretung der Arbeiterinteressen frivol oder leichtfertig vorgehen, indem sie überspannte Forderungen aufstellen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft leidlich oder bemußt außer acht lassen. Im Gegenteil: die deutsche Wirtschaft darf wohl darüber sein, daß sie in die Gemeinschaften einen disziplinierten und wirtschaftswissenschaftlich feinsinnig angehalten Kontrahenten besitzt, mit dem man ernsthaft und vertrauensvoll verhandeln kann. Und die wirklich verantwortungsbewußten Führer der Industrie werden im eigenen Interesse der Wirtschaft alles aufbieten, um diesem Kontrahenten das Verhandeln für möglichst große Arbeitermassen zu erleichtern. Gemeinschaftsfestbindende Arbeitgeber treiben die Arbeitermassen ins Lager der Kommunisten.

Staat und Wirtschaft sind aufeinander angewiesen. Stabile Verhältnisse, die Ruhe und Sicherheit im Innern schaffen und gleichermaßen auch das als Kreditgeber oder Warenabnehmer auftretende Ausland mit Vertrauen erfüllen, sind ebenso wie die Sauberkeit und Zuverlässigkeit des ganzen Staatsapparates, die das Ziel all unserer Verwaltungsbearbeit ist, unerlässlich Vorbedingung für die Arbeit der Wirtschaft. Auf der anderen Seite ist eine allgemeine Wohlfahrt und ein geordnetes Staatsfinanzen nicht denkbar ohne die Grundlage einer gut durchorganisierten, rationell arbeitenden, in allen ihren Einzelheiten klar geleiteten Wirtschaft.

Staat und Wirtschaft müssen in der Erkenntnis ihrer wechselseitigen Abhängigkeit vertrauensvoll Hand in Hand arbeiten. Große Teile der Wirtschaft haben sich denn auch zu dem Gedanken durchgerungen, daß der Staat mit seinem Anspruch auf Aufsicht und dem Vorbehalt der Möglichkeit von Eingriffen keine Veranordnung erkräftet und keine Sanktionen plant, daß die leitenden Kreise des Volkshautes von heute durchaus den Wert der schaffenden intellektuellen Kräfte in der Wirtschaft und ihre Bedeutung für den Staat richtig zu würdigen wissen, und daß die Aufsicht des Staates über die Wirtschaft nur um der großen Gesamtinteressen des ganzen Volkes willen erkräftet wird und gehandhabt werden soll.

Nichts braucht die deutsche Wirtschaft mehr als einen Volksergeber, der von Krisen, schweren wirtschaftlichen Kämpfen und zweifelhaften wirtschaftlichen und politischen Experimenten verschont bleibt. Daher braucht die Wirtschaft auch einen festen Staat, der die Macht hat und geneigt ist, zur Förderung des Gemeinwohls sie vor Sündungen und Schädigungen zu bewahren, indem er das politische Deperdativum von rechts und links, das mit seinem Willen Treiben das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen läßt, mit fester Faust niederhält und in absehbarer Zeit zum Verschwinden bringt.

(Wir werden die Behandlung des Themas im „Heimatdienst“ fortsetzen. Die Schriftleitung.)

Eine kommunale Musterleistung

Von Robert Beezer.



Wird über die Ober auf Frankfurt

Es handelt sich nicht darum, neue Straßen anzulegen, Plätze einzupflanzeln, Häuser zu bauen und Grünflächen zu gliedern; es handelt sich um den neuen Menschen, um ein neues Menschtum, um den neuen Deutschen. Nichts anderes darf das Programm einer weisen und glittigen Kommunalverwaltung sein. Selten sieht man es so erfüllt oder zum mindesten so angebahnt, wie in Frankfurt, dem Heiner, das an der Ober liegt. Durch das Schicksal des Krieges liegt es wenig entfernt von der Grenze gegen Polen; beinahe schon Grenzmarkt, empfing es durch solche Lagerung die Aufgabe einer Spitzenleitung deutscher Kultur. Und er hat diese Aufgabe erfüllt, obgleich es all die Kassen zu tragen bekam, die ihm automatisch zufließen, als die graumähe Riß des Friedensvertrages hundertzehnjährige Wirtschaftsbefehlungen, erprobte Tradition und

lebendige Gemeinschaften vernichtete. — Die Schwierigkeiten des ersten Jahrzehnts solches Neubaus südöstlichen Seins waren erheblich. Einer unangenehmlichen Zuzunahme mußte Raum und Obdach geschaffen werden. Mittel waren bereitzustellen und ausgreifende Finanzierungen vorzunehmen, während zugleich gewinnbringende Produktionen einzuführen, die Wege nach dem erprobten Hinterland zerrißen und dies Hinterland selbst die Wirtschaftsmöglichkeit wechselte. Frankfurt a. d. Ober ist aus dem Kreislauf der Industrie und des Warenansatzes hart herausgerückt worden, und selbst sein Strom hielt ihm nicht die durch Generationen erprobte Kreuze. Die Nähe Berlins bewahrt sich hier und da als antreibender Motor, aber sie wirft auch Schatten. So bleibt der elmtigen Stadt der Hanse und der Märkte wenig Hoffnung, von heute zu morgen wieder ein ergiebiger Umschlagplatz, wieder eine Zentrale des Handels und des Verkehrs zu werden. Sie hat aus solcher Not eine Tugend gemacht. Selbstverständlich, daß sie nicht verschamte, neue Proben zu tun, um sich eine neue Wirtschaftsbasis, neue Absatzgebiete, neue Beziehungen zu schaffen. Nicht minder selbstverständlich, daß sie die Wurzeln ihrer

alten und neuen Bürger gerecht werden wollte; sie baute ausgedehnte Siedlungen und stellte sie mit gutem länderbaulichen Gefühl in eine Landschaft, die glücklicherweise Abwechslung und doch Geschlossenheit genug bietet, um im Rahmen eines bewegten Hortjantes wohlgegliederte Gruppen, zugleich Sammlung und Ausblick zu gestalten. Überflüssig, zu betonen, daß diese Häusergruppen alles



Verflossene Typen Frankfurter Arbeiterwohnhäuser

bieten, was der berechnete Anspruch fordert. Auch für das grüne Leben der Stadt, im Innern wie an der Peripherie, hat Frankfurt vorbildlich gesorgt; in dem Stadion, dessen gemaltigen Oval ein Schwimmbad eingelassen ist, und in den das ganze übrige Spiel- und Sportplätze, schuf diese mutige Stadt nicht nur eine überragende Anlage moderner Gymnastik, sondern darüber hinaus ein Symbol des neuen Menschen. Dieser neue Mensch, der freie und selbständige, der gesunde, der demokratische und der soziale, wurde der Grundgedanke der eigentlichen Leistung Frankfurts: eine geistige Grenzmarktpolitik ersten Ranges.

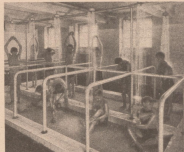
Frankfurt will dem Menschen guter Qualität wohlhabende Stätten bereiten, die Jugend und den Erzieher. Hier ist neben den Bürgermeistern, dem Dr. Künze und dem Dr. Hubenhorst, der Stadtschulrat Dr. Kerschmann zu nennen. Ein vornehmlicher Mann, wurzelnd in den Erkenntnissen neuer Erziehung, aber eigentlich fruchtbar durch seine Persönlichkeit und

durch die Energien, die aus ihm herausstießen und nicht Ruhe finden, bis das Ziel erreicht ist. Eines seiner schönsten Werke ist die Hindenburgschule. Ein glühendes Haus, gebaut aus Sauberkeit und Badstein, nicht dürftige Unterkunft für kleine Proletarier, vielmehr ein lebendiges Instrument des Menschenbildens. Der Baumeister sei gelobt, aber er selbst wird es am wenigsten leugnen, daß der Stadtschulrat an diesem Volksbau mitgebaut hat. In diesem Haus eines neuen Volkes, dem der Lehrer nicht mehr die erste persönliche Bekanntschaft mit der Obrigkeit ist, vielmehr ein entschlossener Führer zur Volksgemeinschaft. Alles in diesem Jungvolkshaus ist heiter, aber nichts ist spielerisch. Hier sollen gerade Menschen wachsen, ein Geschlecht gesicherter Zukunft.



Nicht zur Bedürfnislosigkeit, sondern zum berechtigten Anspruch sollen diese Knaben und Mädchen gefördert werden. In solchem Geiste gelebter Lebensfreude verwalte die Stadt Frankfurt ihr Erzieheramt, pflegt sie der Minderbegabten in der Hilfsschule, wagt sie in Verjudungsklassen fühnere Experimente und genügt so dem neuen Bildungsideal, wie es der preussische Kultusminister Dr. Becker fixiert hat: „Die heutige Volksschule soll nach den Normen einer wissenschaftlich begründeten Pädagogik systematisch alle im Kinde liegenden Fähigkeiten so entwickeln, daß es, erwachsen, die seiner Anlage entsprechende Stelle in der Gesellschaft auszufüllen imstande ist, sie sollen nicht nur seinen Intellekt schulen, sondern auch seine religiöse oder künstlerische oder technische Anlage und in voller Harmonie damit seine körperlichen Kräfte entwickeln.“ Der schöpferischen Erziehung zur neuen Volksgemeinschaft dient auch das beglückende Jugendheim, das Frankfurt in Kagom, auf der Höhe eines beherrschenden Hügels, am Eingang zur Stille einer verzauberten Landschaft aus Seen und Wäldern, gebaut hat.

Solche Leistung berechtigt Frankfurt zur Heimat des Musikhelms und der pädagogischen Akademie. Das Musikheim ist soeben fertig geworden: eine weltliche Abtei für die musizierende Seele der Volksschullehrer, der Organisten und der Pfarrer, aber auch sonst all denen, die im Singen den Menschen zum Gut befreien wollen. Die Pädagogische Akademie ist vorbereitet, sie wird dreihundert Stuhleere versammeln, wird für die Kaufleute der Stadt eine Einnahme bedeuten, wird den Sinn dieser vorbildlichen Kommunalpolitik enthüllen: den neuen Menschen.



Haus der Hindenburg-Schule, Braunsbach, Mühlstraße, Tischlerwerkstatt, Gefäßwerkstatt, Speisestimmer neben der Schulfläche

Die Hauptstadt der mittleren Ostmark.

Von Dr. G. Simon, Dipl.-Hdl., Frankfurt (Oder).

Das alte Frankfurter mußte einst als Frankfurt und Bräunschadt an der Oder dort entstehen, wo auf weitem Umkreise zwei Plateaus als Brückenpfeiler die verjüngte Niederung am stärksten einengen. Da sich hier eine große Zahl alter Handelsstraßen zwecks Übersetzung des Flusses vereinigte, konnte sich mit Hilfe des Wassers, der Stapel- und Niederlagsrechte der erst 1253 urkundlich zur Stadt erhobene Ort zur stolzen Kaufstadt entwickeln und sich bald fürchter fühlen als die beiden anderen bedeut-

samen Oderstädte, Stettin und Breslau. Doch als es allmählich die mittelalterlichen Vorrechte einbüßte und der Handelsverkehr nach der Entdeckung Amerikas dem „Zug nach dem Westen“ folgte — der Friedrich-Wilhelm-Kanal schuf 1669 die Verbindung Breslau-Hamburg —, gelang es infolge der überaus günstigen Lage dem „ormaltalt Haupt- und Handelsort“ genannten Ort, sich mit Hilfe der Landstraßen zum ersten ostdeutschen und internationalen Messplatz auszubauen und als solcher eine

wirtschaftliche Vermittler- und Brückenstellung im Austausch zwischen west- und osteuropäischen Handelsmärkten zu erobern. Lange Zeit übertraf er die Doppelstadt Berlin-Trepten an Reichum und Bedeutung und konnte sich die einzige fünfschiffige Kirche der Mark erbauen. Durch kriegerische und politische Ereignisse sowie Wandlungen in Wirtschaft und Verkehr mußte es den Zulauf der MehlstraÙ allmählich und etwa 1840 endgültig an Keipzig abtreten, das es vorher weit übertroffen hatte. Erst spät erwarb es den Anschluß an wichtige Eisenbahn-fernoverbindungen, sah sich aber eines Tages nach Ausbau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin (im Laufe des alten Finowkanals) im stillen Winkel zwischen den wichtigsten ostdeutschen WasserstraÙen, die den modernen Hauptverkehr von Stettin nach Berlin und von Hamburg über Berlin nach Oberseßlau lenken.

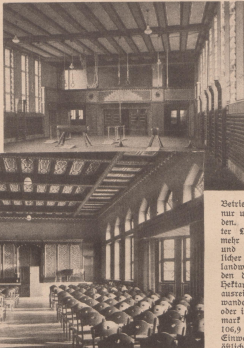
Wie in Handel und Verkehr, so war Frankfurt (Oder) auch frühzeitig der geistige Hochsitz im deutschen Nollanlande geworden: Es beherbergte 300 Jahre lang, von 1506 bis 1811, die erste und lange Zeit einzige brandenburgische Hochschule, die sich von der 9. Stelle unter 12 zur 3. unter 19 Universitäten aufschwungen hatte. Mit Hilfe der austretenden Handelswege konnte sie die Gedankenbrücke schlagen vom binnen-deutschen GefleÙen zu den verdorrten Westgebieten des sterbenden polnischen Slaates.

Wenn Frankfurt auch niemals direkt Grenzstadt war, so wurde doch stets seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung durch die Nähe zu der Grenze entscheidend beeinflußt. Als diese ostwärts zur Prosna vorgezogen, die UniversitÄt nach Breslau verlegt und eine neue in Berlin errichtet wurde (1811), trat Frankfurt in höherem Grade Binnenstadt als vorher — in den Schatten der allzu nahen, zunächst preußischen, späteren Reichshauptstadt, die den Verkehr, wirtschaftliches und kulturelles Leben der Provinz übermächtig an sich zog und die alte OberlaÙ mehr und mehr überflutete. Die wachsenden west- und mitteldeutschen Industriegebiete zogen gleich Berlin als aufnahme- und zahlungsfähigere Märkte tüchtige Facharbeiter zu scheinbar höheren Löhnen in die Großstadt und verdrängten frankfurts Wirtschaft von manchem Absatzmarkt. Infolge dieses Beförderung ihrer Tätigkeit nach Westen mußte die OberlaÙ ihr Geschäft stärker nach Osten wenden und sich dort neue Absatzmärkte erkämpfen.

Da kam der Weltkrieg... Der sinnlose Friedensvertrag, der die großen Agrarprovinzen Westpreußen und Posen zum allergrößten Teil dem deutschen Vaterland entzog, schob die Grenzlinie so weit nach Osten vor, daß sie nur 30 km nord Frankfurt und 163 km nord Berlin entfernt liegt. Durch diese gewaltige Einbuohung entstand eine deutliche Vertiefung der ostdeutschen Grenzlinie, deren nördlicher und südlicher Äußel in Königsberg und Breslau ihre Verwalter und Mehrheit der nationalen Güter besitzen. In dem dazwischenliegenden Gebiet, der „Mittleren Ostmark“, konnte sich nur der zentrale und bedeutendste Ort zum Verkehrs-, Verwaltungs- und Kulturmittelpunkt aufschwngen, der zugleich selbst war, die Bedeutung der verlorenen Städte Posen und Bromberg zu übernehmen. So wurde die alte Haupt- und Handelsstadt zugleich zum

Vorort der Mittleren Ostmark.

Nun ist jede Stadt — gehend und nehmend — aufs engste mit ihrem Hinterland verbunden: dasjenige Frankfurts ist entweder verloren oder hat seine Kaufkraft eingebüßt. Nicht nur, daß die vorgelagerte Provinz Grenzmarkt Posen-Westpreußen, in drei Teile zerlegt, zu



Binnenburg-Schule; Turnhalle und großer Saal

innerhalb der 30 bis 40-km-Zone liegt und bei dieser geringen Breite 450 km Grenzlinie aufweist — sogar die preußische Kernprovinz Brandenburg ist im Regierungsbezirk Frankfurt (Ober) auf 55 km reines Grenzland geworden! Durch diese neue Grenze muß hier die allgemeine gegenwärtige Not der deutschen Landwirtschaft schärfer zur Auswirkung kommen als anderswo. Auf vielfach vergrößerten Absatzwegen — oft 15 km bis zur nächsten Bahnstation — können nicht auf mittelmäßigem Boden von verdrängten landwirtschaftlichen

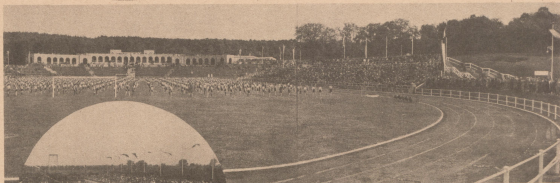
Betrieben erzeugten Produkte käuflich nur unter Selbstkosten abgesetzt werden. Landwirtschaft, die bei geregelter Landwirtschaft heute wie früher mehr als ausreichende Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit auf väterlicher Scholle finden würden, sowie landwirtschaftliche Arbeiter, die auf den durchschnittlich mit 300 M. je Hektar veräußerten Betrieben nicht ausreichend bezahlt werden können, wenden in die Industriegebiete ab oder in fremde Länder aus: Die Grenzmarkt Posen-Westpreußen stellte mit 106,9 Auswanderern auf je 100 000 Einwohner mehr als irgendeine andere östliche Grenzprovinz und das Zweifache der Provinz Brandenburg! Die Folge ist die dünne Völkchelage des

frankfurter Hinterlandes östlich der Oder in beiden Provinzen mit kaum der Hälfte des deutschen Durchschnitts (40 bis 50 je Quadrat-Kilometer) — eine drohende Katastrophe angelehnt der Tafelade, daß in dem leeren Raum der polnische Landarbeiter her, vom Nachbarland unterstüßt, polnische Siedler für dauernd einbringen. Hier ist mißlich: Bauernnot — Volksnot, Bauernnot — Volksnot!

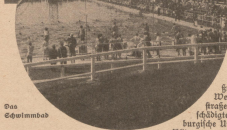
Da aber der Kandidat nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Verbraucher volkswirtschaftlich von hoher Bedeutung ist — in kleinen Absatzmärkten werden im allgemeinen 20 v. H. aller Aufträge an das Handwerk und der Kandidatwirtschaft erteilt —, so muß sich die verringerte Kaufkraft bei der in einem Jahr verminderten Umsatz des Wirtschaftszentrums Frankfurt zeigen. Zudem haben viele Industriezweige ihre Filialbetriebe (sowie bis zu 70 v. H. ihrer Stoff- und Absatzgebiete in den abgetretenen Ostprovinzen verloren und haben sich wieder einmal in erneutem Frontwechsel als jüngste Konkurrenten auf andere Märkte umstellen müssen: Der direkte Absatz nach den abgetretenen Gebieten betrug 1913 12,9 v. H., dagegen 1927 nur 0,24 v. H., der Warensumfang bei Importen 1,6 v. H., Auslandsabsatz; selbst auf die gesamten östlichen Gebiete (außer Brandenburg und Berlin) entfielen nur 13 v. H. des Gesamtumsatzes.

Während die Ostmark ihrer geographischen Lage nach eine bedeutsame Verkehrssehne für den internationalen Ostwestverkehr und den innerdeutschen von Schlesien zur Ostseezähle sein sollte, sind in dem durch die Grenzziehung willkürlich verstimmlen Hinterland nicht weniger als 15 Eisenbahnen, 29 Chausseen, 13 große und 20 kleine Verkehrswege zerschnitten, und damit ist auch die schnelle eintägige Verbindung vieler Gemeinden untereinander wie mit dem Wirtschaftszentrum Frankfurt unmöglich gemacht worden. Sandwege und Kaufleute haben zum Ausgleich der nachteiligen und zeitraubenden Verkehrsbehinderungen schon in vielfachen Petitionen um Erlaubnis zur Durchbrechung der Sonntagsruhe gebeten! — Im Zeitalter des 1000-t-Kilohms kann die Oder infolge ihrer wenig günstigen natürlichen Ausstattung und des vernachlässigten wasserrechtlichen Ausbaues — das Ottmarcher Staubecken ist bereits seit einem Menschenalter geplant, aber erst jetzt im Bau — den heutigen Verkehrsansprüchen nur wenig genügen.





Das Station in Frankfurt a. O.



Das Schwalmbad

Zuf die Verkehrs-schwächste und durch die politische Herleitung der Oder-Weichsel-Wasserstraße besonders gefährdete brandenburgische Uferstreife entfällt nur 5,5 v. H. des gesamten

Oderverkehrs, und der Anteil des Frankfurter Oderhafens am Gesamtumschlag aller Oderhäfen beläuft sich auf nur 0,05 v. H. Daß heute der Oderverkehr an der Stadt vorbeigeht und ihrer industriellen Entwicklung nicht dienen kann, ist der äußerst unglücklichen Verbindung des Oderhafens mit der Reichsbahn zuzuschreiben. Schon in der ersten Anlage der Eisenbahnlinien, in einem Zeitalter, wo man die Flüsse als Konkurrenten und nicht als Zubringer des Schienenweges betrachtete, hätte man das nahe Flussbett außer acht gelassen, die Gleise wie den Bahnhof auf dem Eisflusse 36 m über dem mittleren Wasserpiegel errichtet und völlig unterlassen, eine direkte Bahnverbindung zu dem am Strom unterhalb der Stadt gelegenen Industrieareal zu bauen. Dieses ist zwar durch eine zuerst private, dann von der Stadt übernommene Güterbahn mit der Reichsbahn verbunden, aber die hohe Frachtablastung und die Schmälerung der Frankfurter Wirtschaftsbasis wirken zusammen dahin, daß der Kalumschlag nur 32 v. H. der durchschnittlichen Vorkriegsleistung beträgt und daß die Güterbahn nur zwei Drittel des schon geringen Vorkriegsdurchschnitts befördert.

Wie verhältnismäßig wirkt es sich ferner heute aus, daß vor dem Kriege von den im allgemeinen nur spärlichen staatlichen Mitteln für kulturelle und verkehrspolitische Fürsorge der Ob- und Untergebiete die meisten Beträge über die damaligen „Binnengebiete“ hinweg in die nun verlorenen Grenzgebiete floßen, die ihrerseits mit dem westlichen Nachbarprovinzen nur wenig Fühlung hatten. Wenn heute schon die Polen unter dem Vorwand: „Das Landgebiet rechts der Oder verfallt bei Deutschland“, offen auf die Oberlinie zureiten, so ist es kaum verständlich, daß man auch heute noch den schon eingetragenen Grenzländern durch Verlegung der staatlichen Polizei und der geplanten Auflösung der Eisenbahnbetriebsverhältnisse aus Frankfurt, der Garnisonen und Verwaltungsaus nachbarstaaten erhöhte Kosten unter Deringerung der Einnahmequellen zumutet, und andererseits dem gesamten ökonomischen Wirtschaftsgebiet in seinen Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungsnotden so wenig Berücksichtigung und Verteilung der Staats- und Reichsgeldmitteln für die notleidenden Grenzgebiete gemächt.

Wenn Frankfurt (nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Stadt) von 1919 bis 1928 trotz Abnahme der Geburtenziffer, die seit 1922 keinen Überschuß über die Sterbefälle zeigte, nach Auffüllung der Garnisonverluste von 1767 eine Zunahme von 9439 Personen, d. h. 20,5 v. H. der Stadtbevölkerung, aufwies, so zeigt es sich hierdurch als bedeutsamer Sammelplatz des vertriebenen Ostschlachts. Da nun bei Bezug Ortsfremder mehr Wohnungen für neue Haushaltungen erforderlich werden als bei gleicher Zunahme infolge größerer Geburtenziffern, seien zeitweilig das flüchtlings- und wohnungslosend in Frankfurt zentralisiert zu sein. Dieses weist aber das Maß der ihm zur Verfügung stehenden Mittel gelindert zu haben, ermöglichte ihm nur seine großzügige Bodenbeschaffungs-politik, um dazumachen es nun Damalige „die erste Boden-reformerstadt Deutschlands“ genannt wurde. Wenn nur

6,7 v. H. des Stadtgebietes mit Häusern bebaut sind, so sieht es damit unter 90 Städten an achter Stelle, 37,4 v. H. der Gesamtfläche aller Grundstücke — über dem Durchschnitt der deutschen Städte — sind südliches Eigentum und 47,3 v. H. des gesamten Stadtbezirks sind Grundigentum der Stadtgemeinde, das — innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks — von 1912 bis 1928 eine Zunahme von 56,4 v. H. erfuhr. Zwar sieht Frankfurt mit der Zahl der Neubauwohnungen bei 11,5 v. H. des Gesamtwohnbestandes an dritter Stelle unter ostelbischen preussischen Mittelstädten, nur hinter Gleiwitz und Beuthen O.-S., gegenüber dem Durchschnitt von 7,1 v. H. für preussische Groß- und 9,9 v. H. für Mittelstädte und wird auch sonst nur von wenigen leistungsfähigen reichsweitverbreiteten Mittelstädten übertroffen, aber noch immer fehlen bei niedriger Rechnung für 5,3 v. H. der Gesamtbevölkerung ausreichende Wohnräume.

Infolge der brutalen Zerschneidung des wirtschaftlichen Hinterlandes vollzog sich aber mit dieser starken Zuwanderung ein grundsätzlicher Wandel im Erwerbseben der Bevölkerung gegenüber 1907:

Frankfurts Berufszugehörige:

	Erwerbstätige und Angehörige	
	1907 v. H.	1925 v. H.
Bergbau und Industrie	50,0	54,0
Handel und Verkehr	18,1	27,2
Öffentliche Dienste, freie Berufe	10,7	11,2
Ohne Berufe	15,9	15,0

Infolge Verlegung der Reichsbahndirektion und anderer Behörden nach Frankfurt sind zusätzlich der Pensionsempfänger- und gefahr ein Drittel der städtischen Bevölkerung beamtete, die in der Tabelle auf die einzelnen Wirtschaftsguppen verteilt sind. Da nun die Offiziellings zum größten Teil ihr Eigentum im abgetretenen Gebiet verloren haben, sind die Wohnverhältnisse besonders hoch und getragen von ein Sechstel des gesamten städtischen Etats. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln Unterstühten beträgt den zehnten Teil der Bevölkerung und ist damit nur um ein Drittel höher als in den übrigen 42 deutschen Mittelstädten. Das wirkt sich natürlich auch auf die Steuern aus: Von nur 5 v. H. zur Steuererleichterung verpflichteten Einwohnern entfallen knapp je 2 v. H. unter die beiden niedrigen Einkommensteuerguppen bis 1500 bzw. 3000 M. und nur etwa 1 v. H. auf höhere Beträge.

Trotz dieser wahrlich hohen Anforderungen der gegenwertigen Lage war sich Frankfurt seiner zukünftigen Aufgaben als Hauptstadt der Mittleren Ostmark verantwortungsbewußt bewußt und wuchs organisch zum Zentrum des notleidenden Gebiets heran. Zwar hat es heute sehr Gefühl von der Ober abgewandt, aber in dem neu aufgedauerten Personen-, Güter- und Verkehrsbedarfs verflochten sich noch heute ein Netz von Eisenbahnlinien, die sowohl als große Durchgangslinien im D-Zug-Verkehr nach Breslau, Dresden, Berlin, Stettin, Warschau ausstrahlen, wie auch dem Provinzialverkehr dienen. Der moderne Autoverkehr hat die alten, durch Frankfurt führenden Landstraßen als anerkannter Provinzialdurchgangsstrecken wieder zu Ehren gebracht, so daß die Stadt heute mit Recht als Verkehrsnotenpunkt im allgemein verkehrsärmeren Osten angesehen werden kann. Auch ist Frankfurt mit seinem bis 1919 so bedeutsamen Flugplatz „Fliegerhorst“ seit August d. J. an das Flugnetz angeschlossen worden.

Als größte Stadt der Provinz Brandenburg (nach Zuschneiden Berlins) und der Grenzmark Posen-Westpreußen ist es ein Siede-

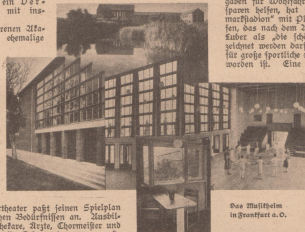
lungsmittelpunkt, wo eine Bevölkerungszunahme von 20,5 v. H. der bobertzeimerischen Stadt reichlich Gelegenheit zu südöstlich großzügigen und für weite Gebiete vordringlichen Zuzügen neuer, geundeter Wohnviertel bot. Deutlich zeigt die beigefügte Karte, daß Frankfurt mit fast 75 000 Einwohnern die größte Stadt der Provinz Brandenburg, ja sogar — von der Rheinlandschaft abgesehen — in dem gesamten von graben Linien umschlossenen deutschen Gebiet ist, das sich von Breslau, Leipzig, Magdeburg nach Hamburg, Eilsied, Stettin und Danzig erstreckt. Sämtliche Städte dieses weiten Gebietes (außer Potsdam (1) und Dessau) weisen sogar weniger als 60 000 Einwohner auf. Zudem ist Frankfurt Hauptstadt des nächst Potsdam größten preussischen Regierungsbezirks (fast so groß wie Württemberg und größer als ganz Sachsen), ist Sitz des Landesparlaments der Provinzen Brandenburg, Pommern und Grenzmark, einer Oberpro-, einer Reichsbahndirektion, von Reichs-, Zoll-Einkam, einer Handelskammer; kurz, es ist ein Verwaltungsmitelpunkt mit insgesamt mehr als 20 Behörden.

Als Nachfolgerin der verlorenen Akademiestadt Polen hat sich die ehemalige Universitätsstadt Frankfurt besonders verantwortungsfreudig der Kulturart im deutschen Osten angenommen und sich bewußt zum Kulturmittelpunkt mit ausgeprägtem östmärkischem Charakter ausgebaut. Die Schulen der Stadt, unter denen fast alle modernen Typen des mittleren Schulwesens einschließlich Fachschulen vertreten sind, werden zu mehr als 15 v. H. von Kindern der aus dem Osten Zugewanderten und teilweise zu 50 v. H. von Ortsfremden besucht. Ein um seine Erleuchtung schwer ringendes Kulturtheater paßt seinen Spielplan künstlerischen und volkstümlichen Bedürfnissen an. Auszubildende für Lehrer, Bibliothekare, Ärzte, Chormeister und Handwerker sorgen für kulturelle Bildung des ganzen östlichen Gebietes. Wie bereits die einzige öffentliche, von weither besuchte Städtische Verwaltungsbeamten- und Sparkassendiale, und das (eben eröffnete) Musikheim, das erste seiner Art in Deutschland, so wird auch bald die 1930 zu eröffnende Pädagogische Akademie der aufstrebenden deutschen Jugend reichlich

Gelegenheit zum Studium und Erleben ostdeutscher Fragen geben. Mit Hilfe gut geleiteter Volkshochschulen und Vereinen steht Frankfurt betriebs ausgeleitener Räume für die Bevölkerung unter allen Städten bis 100 000 Einwohner unübertroffen an der Spitze. In Archiven und der wissenschaftlichen Östmarkbibliothek bietet die Stadt das Erbe deutscher Vergangenheit und ihres größten Sohnes, Heinrich von Kleist. Von Frankfurt aus lenkt der hier begründete „Wirtschafts- und Kulturbund“, eine notgeborene Selbsthilfsorganisation, immer wieder das Augenmerk von Staat und Reich auf das bedrohte Ostland und hat auch die offizielle Anerkennung des Regierungsbezirks Frankfurt (Oder) als gefährdetes Grenzgebiet durchgesetzt. Von hier aus kämpfen der „Verkehrsverband Ostmark“ für die Befestigung eines Grundbisses ostdeutscher Wirtschaft, der Verkehrsarmut, und der „Brandenburgische Ostverein“ für einen leistungsfähigen Oderweg und den „Frankfurter Anstufkanal“ zum geplanten Elbe-Spre-Über-Kanal.

Die richtige Erkenntnis, daß Sportplätze die Ausgaben für Wohlfahrtswesen und Krankenbäuer ersparen helfen, hat in prachtvoller Lage das „Ostmarkbad“ mit Platz für 20 000 Menschen geschaffen, das nach dem Ausdruck des deutschen Meisters Kubler als „die schönste Anlage Deutschlands“ bezeichnet werden darf und bereits die zentrale Stätte für große sportliche und nationale Kongregationen geworden ist. Eine muftergültige Regattafreude am Briesower See, die an Qualität in der ersten Reihe aber deutschen steht, lenkt ebenso häufig wie die Wettkämpfe um die Meisterschaft der deutschen Ströme und die „Deutsche Walblaufmeisterschaft“ das Auge der Sportwelt auf den ostdeutschen Sportmittelpunkt Frankfurt (Oder), der auch im Jugendbergerswert den dritten Rang unter den deutschen Mittelplätzen einnimmt.

Bedenkt man, daß Frankfurt auch durch eine große Anzahl Banken und Handelsfirmen bereits Wirtschaftsmittelpunkt eines weiten Gebietes geworden ist und als solcher wie durch kulturelle und sportliche Veranstaltungen häufig zum Congregationsort von großer Bedeutung wird, so erkennt man, daß es heute wie einst auf den Weidenbergen seiner geschichtlichen Entwicklung eines Verkehrsnoten- und Bildungsmittelpunkts in grenznaher Lage darstellt.



Das Musikheim in Frankfurt a. O.

Die Wunden im Osten.

Von Karl Spieker.

„Die Zeit heilt alle Wunden“, sagt ein altes Sprichwort. Auch von den Wunden, die der Krieg und seine Ausgeburt in Versailles geschlagen haben, sind schon viele vernarbt; andere sind im Heilungsprozeß begriffen, einige aber sind frisch und blutig geblieben, fast wie am ersten Tag. Schlimmer noch: die Zeit hat sie nicht geheilt, die Zeit heilt sie brandig werden zu lassen. Zu diesen Wunden am deutschen Volkstörper zählen die Verwundungen, die Deutschland im Osten ertragen hat, zählt die Kostenruhe Ostpreußens vom Reich durch das Einreißen des sogenannten polnischen Korridors und zählt das unglückliche Oberschlesien, das trotz einer von den Siegermächten vorgeschriebenen, ganz unzeitweiligen für Deutschland ausgefallenen Volksabstimmung zerfallen wurde und in seinem wertvollsten Teile an Polen verloren ging.

In den deutschen Ostmarken mehrt jeder Tag die Erkenntnis des Unrechts, das Siegerlaune an ihnen begangen hat, und auch das gesamte deutsch empfindende, wirtschaftlich denkende und unter den von Unverstand geschaffenen Verhältnissen leidende Volk Deutschlands kommt nicht los von dem Gedanken und dem Verlangen, daß im Osten unsere Vaterlandes nicht entzogene Verhältnisse geschaffen sein dürfen. Anders sieht es draußen in der Welt aus, denn anders sieht man von draußen nach Deutschland oder auch in den ganzen Kontinent hinein. Klängst ist der törichte Glaube geschwunden, daß für Europa der Krieg ein gutes Geschäft gewesen sei; in den Kanzleien aller europäischen Regierungen ist man sich längst darüber klar, daß per Saldo der Krieg für alle ein böses Verlustgeschäft gewesen ist und möchte darum am liebsten, mehr denn zehn Jahre nach Friedensschluß, nichts mehr davon hören und vor allem jeder Forderung nach Wiederherstellung von

durch die Verträge geregelten Fragen Aug' und Ohr verschließen. Besonders in England verhärtet sich die Abneigung gegen die Erörterung vermeintlich abgeleiteter Dinge; man weiß, daß der Krieg ein Fehler war, daß die Friedensverträge schlecht sind und daß in der Nachkriegszeit noch manche andere Fehler darüber hinaus unumgänglich gemacht worden sind. Das wähnt man vorbei und ist bemüht, das alles fatalistisch zu betrachten. Wenn gar zu aufdringlich aus den Verträgen erwachsene Mißstände sich darbieten, zuckt man bestenfalls die Schulter und murmelt ein Bedauern, aber will endlich vor all diesen unannehmenen und unbequemen Dingen seine Ruhe haben und mit den Vorwürfen einer verlassenen falschen Politik überhört bleiben.

Mit ungläubigem Gesichts hat die polnische Propaganda dies insulare Ruhezbedürfnis und die Abneigung des Engländers gegen kontinentale Beschwernern auszunutzen verstanden. Nur zu gern glaubt das britische Volk, daß alles schon und gut ist, was der von ihm auf die Beine gestellte polnische Staat tut, und ist bereit, sich zu hören, daß Polen schon ganz allein mit seinen inneren Schwierigkeiten fertig wird. Um so bedeutamer und bemerkenswerter ist es, wenn aus der Mitte des englischen Volkes selbst Männer, deren Eignung und Sachkunde nicht bezweifelt werden kann, als Mahner und Warner sich erheben und mit lebensfähiger Gebärde, aber mit allem sachlichen Rüstzeug ausgestattet, auf das Unrecht hinweisen, das Deutschland an seiner Östgrenze zugefügt worden ist, aber zugleich recht englisch auch auf den dauernden Schaden hindeuten, der dadurch für England selbst erwächst. Männer, die des Kriegsspiels und der europäischen Zerissenheit müde, mit allem Ernst darauf hinweisen, daß der europäische Friede nicht gesichert

fein kann, wenn Grenzregierungen erhalten bleiben, die nicht nur der wirtschaftlichen Derrnauft, sondern auch berechtigten kulturellen und nationalen Interessen der Landesbevölkerung ins Gesicht schlagen.

Da ist zunächst das Buch „Silesia revisited“ des englischen Oberleutnants Hutchison, der im Jahre 1920—1921 Mitglied der Interalliierten Kommission in Oberschlesien gewesen ist. Der Mann kennt Land und Leute aus dieser kampfurchwühlten Übergangszeit, als sich schon deutlich die zersplitternden und verwirrenden Folgen des Versailles Diktats in Oberschlesien bemerkbar machten. Ist darum der Vergleichsmaßstab, den der Engländer an die heute in Oberschlesien diesseits und jenseits der jetzt gezogenen Grenze herrschenden Verhältnisse anzulegen in der Lage ist, auch nicht ganz richtig und einwandfrei, so wird das Urteil des ehemaligen englischen Offiziers, der sich jetzt am Bergbau in England interessiert, an Wert und Bedeutung eher gewinnen müssen, wenn es, wie es der Fall ist, sich nahezu uneingeschränkt für Deutschland und gegen Polen ausspricht. Hutchison vertritt nicht erst heute die Genfer Entscheidung über die Teilung Schlesiens, die in der Ablehnung des ober-schlesischen Volkes seine Grundlage und Berechtigung findet, sondern jeder, der in einer großzügigen und in der Ablehnung der ober-schlesischen Verhältnisse gefasst hat, weiß, daß nicht nur die britischen Offiziere der in Oberschlesien stationierten englischen Besatzungstruppen, sondern auch die englischen Mitglieder der Interalliierten Kommission wohl ausnahmslos mit einem Gefühl tiefer Scham und Enttäuschung mitgemacht und mitgetragen haben, was höhere Instanzen Frankreich zunächst und zu Wilton von ihrem Pflichtenposten gefordert haben. Nicht jeder englische Offizier hat in diesem Kampfe zwischen Pflicht- und Ehrgefühl sich gegen die bessere Einsicht entschieden — man erinnert sich, daß während der ober-schlesischen Plebiszitzeit mehrfach britische Offiziere ihre Verlegung oder Entlassung aus Oberschlesien verlangt haben, weil sie es vor sich selbst nicht verantworten konnten, in einem Lande, das sie gerade recht und unparteiisch schätzen und verwahren wollten, auf Befehl des französischen Gewalthabers, des Generals Le Rond, täglich ungerade und parteiisch gegen den deutschen Teil der Bevölkerung sich einzusetzen. — Es mag sein, daß nicht zuletzt ein aus jenen trüben Tagen verlebener ungelöster Gewissenskonflikt den Oberleutnant Hutchison getrieben hat, das Land, das er einstens miternannt hat, wieder zu besuchen und diesmal, wo er nur seinem Gewissen und seiner Einsicht verantwortlich ist, um so leidenschaftlicher und eindringlicher zu sprechen, was es im deutschen und im polnischen Oberschlesien eben und ist. — Sehr harte Worte findet er über Männer und Dinge, denen er in polnisch-Oberschlesien begegnet ist; mit Schärfe und Horn verurteilt er die von den polnischen Gewalthabern gegen die deutsche Minderheit beliebten Methoden und sieht nicht an, seine Überzeugung dahin auszuspreden, daß er nach allem, was er drillen gesehen und erlebt hat, es für ausgeschlossen hält, daß Polen jemals die in seinen Grenzen lebenden nationalen Minderheiten, mögen sie deutsch oder litauisch, ukrainisch oder russisch sein, sich zu assimilieren in der Lage sein wird. Den polnischen Schulbedrüben weiß Hutchison offenen Bruch des Genfer Abkommens nach, während er feststellt hat, daß die deutsche Verwaltung der polnischen Minorität weit über ihre Verpflichtung hinaus entgegengemmt.

Die Darstellung und Beurteilung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polnisch-Schlesien durch Hutchison ist von einer Schärfe und Leidenschaft, wie wir sie von deutscher Seite kaum je gehört haben. Das ist um beachtlicher, als Hutchison aus seiner Zuneigung zu Frankreich, für das er und seinen Vorgesetzten der ganzen Welt ein Vorbild sein will, nicht nur die deutsche Seite macht und auch sicherlich nicht von dem Bestreben geleitet ist, Deutschlands Interessen zu wahren. Weit eher gewinnt man den Eindruck, daß Hutchison bestrebt ist, England darauf hinzuwirken, daß die Genfer Entscheidung über Oberschlesien Englands Interessen empfindlich schädigt, und wenn er auch sein Volk immer wieder auf das Verwerfliche und Ungerechte der Genfer Ent-

scheidung hinweist, tut man ihm doch wohl nicht unrecht, wenn man im letzten Kapitel seines Buches, das über die Begehung des englischen Bergbaues zur ober-schlesischen Kohlenindustrie handelt, trotz seiner Klage den Kernpunkt seiner Darlegungen erhellt. Die im polnischen Bergbau gezeigten Hungerlöhne haben es nach Hutchisons Ansicht zuzugebracht, den englischen Kohlenabsatz in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den baltischen und skandinavischen Staaten, zu verdrängen, und darum hat nach der Meinung dieses Engländer das britische Volk ein dringendes Bedürfnis nachzuprüfen, ob die ober-schlesische Entscheidung des Rates in Genf unannehmbar bleiben soll oder im englischen wie europäischen Interesse revidiert werden muß.

Es ist leider festzuhalten, daß aus den oben angeführten Gründen das sensationelle Buch des Oberleutnants Hutchison in England fast überall ebenso totgeschwiegen und in der Verbreitung gehemmt wird wie ein anderes aufsehenerregendes Buch des Sir Robert Donald: „Der polnische Korridor und seine Folgen“. Sir Robert Donald ist der frühere Chefredakteur des „Daily Chronicle“ und ein in liberalen englischen Kreisen recht bekannter und angesehener Publizist. Auch er vertritt in ausgezeichneter sachlicher Beweisführung die Überzeugung, daß die deutsche Ostgrenze auf die Dauer nicht haltbar ist und daß eine andere Regelung der Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland gefunden werden muß, wenn eine Verdrängung im Osten und ein für beide Völker gleichberechtigtes wirtschaftliches Zusammenarbeiten erreicht werden soll. Ähnlich wie Hutchison schreibt auch er mit auffälliger Schärfe über das Zustandekommen der Grenzregelung im Osten und über das Unvermögen Polens, den durch die Friedensdikate in seine Grenzen vertriebenen nationalen Minderheiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Interessant und beachtlich ist Sir Roberts Ansicht und Vorschlag einer Vereinigung der Dinge im Osten. Den Zeitpunkt dazu sieht er im Jahr 1935 gekommen, wenn die Alliiertenstaaten des Genfer Abkommens über Oberschlesien abgefahren sein wird. Dann müßte nach seiner Meinung für Oberschlesien eine neue Volksabstimmung anberaumt werden, und wenn dazu die Zeit noch nicht sein sei, müßte aus Oberschlesien vorübergehend unter Aufsicht des Völkerbundes ein autonomer Staat, ähnlich wie früher Luxemburg, geschaffen werden, der in Zollunion mit Deutschland stehend freien Handel mit Polen treiben würde. Der Korridor müßte an Deutschland zurückgegeben werden. Die Frage des polnischen Zugangs zum Meere müßte durch die Schaffung von Freiheiten in Königsberg, Elbing, Stettin, Hamburg und Memel sowie durch Internationalisierung der Weichselmündung gelöst werden. Sir Robert Donald denkt aber realpolitisch genug, um selbst festzuhalten, daß die von ihm vorgeschlagenen Lösungsversuche und jede Besserung an den deutschen Ostgrenzen ein Traüm bleiben müßten, wenn nicht England, Deutschland und Frankreich zu wirtschaftlichen und politischen Zusammenwirken gelangen würden.

Sir Robert Donalds Buch ist begrifflicherweise den Polen recht unangenehm gewesen, und sie haben versucht zu erweisen, daß ein Mann von dem Ansehen und der Bedeutung Sir Roberts von den Deutschen gekauft wäre. Diese Verdächtigung läßt sich allein dadurch schon widerlegen, daß doch wohl niemand auch in Polen glauben kann, daß Sir Roberts Programm für die Regelung der Grenzfragen im Osten ein Lösungsorschlag Deutschlands sein kann. Wenn die Zeit gekommen sein wird, in der wir uns mit Polen über eine für beide Völker gleich erträgliche und erprobliche Lösung der Grenzprobleme unterhalten können, werden wir uns auf einer Verhandlungsgrundlage zusammensetzen, die eine Berücksichtigung der schwerwiegendsten Grenzprobleme verpricht. Sie zu finden ist Aufgabe, aber auch Pflicht erhellenden Strebens nach freundschaftlichem Zusammenwirken, das erreicht und gesichert sein muß, wenn die polnische und die deutsche Nation entschlossen sind, ihrer Mission zur Arbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt und Aufstieg Europas und der gesamten abendländischen Zivilisation gerecht zu werden.



Die frankfurter Tagewerke in Eogen

autonomer Staat, ähnlich wie früher Luxemburg, geschaffen werden, der in Zollunion mit Deutschland stehend freien Handel mit Polen treiben würde. Der Korridor müßte an Deutschland zurückgegeben werden. Die Frage des polnischen Zugangs zum Meere müßte durch die Schaffung von Freiheiten in Königsberg, Elbing, Stettin, Hamburg und Memel sowie durch Internationalisierung der Weichselmündung gelöst werden. Sir Robert Donald denkt aber realpolitisch genug, um selbst festzuhalten, daß die von ihm vorgeschlagenen Lösungsversuche und jede Besserung an den deutschen Ostgrenzen ein Traum bleiben müßten, wenn nicht England, Deutschland und Frankreich zu wirtschaftlichen und politischen Zusammenwirken gelangen würden.

Sir Robert Donalds Buch ist begrifflicherweise den Polen recht unangenehm gewesen, und sie haben versucht zu erweisen, daß ein Mann von dem Ansehen und der Bedeutung Sir Roberts von den Deutschen gekauft wäre. Diese Verdächtigung läßt sich allein dadurch schon widerlegen, daß doch wohl niemand auch in Polen glauben kann, daß Sir Roberts Programm für die Regelung der Grenzfragen im Osten ein Lösungsorschlag Deutschlands sein kann.

Wenn die Zeit gekommen sein wird, in der wir uns mit Polen über eine für beide Völker gleich erträgliche und erprobliche Lösung der Grenzprobleme unterhalten können, werden wir uns auf einer Verhandlungsgrundlage zusammensetzen, die eine Berücksichtigung der schwerwiegendsten Grenzprobleme verpricht. Sie zu finden ist Aufgabe, aber auch Pflicht erhellenden Strebens nach freundschaftlichem Zusammenwirken, das erreicht und gesichert sein muß, wenn die polnische und die deutsche Nation entschlossen sind, ihrer Mission zur Arbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt und Aufstieg Europas und der gesamten abendländischen Zivilisation gerecht zu werden.

28. Mai 1919.

„Nur als Verteidigungskrieg gegen den Zarismus hat 1914 das deutsche Volk, wie mit Recht namentlich die gesamte Sozialdemokratie damals erklärt hat, den Kampf einmütig und entschlossen aufgenommen. Auch heute, wo Deutschlands militärische Macht für immer vernichtet ist, halten wir diesen Abwehrkrieg für unvermeidlich. Mit dem Augenblick, in welchem das Ziel der Niederwerfung der zaristischen Macht erreicht war, wurde der Krieg sinnlos. Wir würden seine Fortsetzung als einen Frevel der früheren Regierung bezeichnen, sobald uns zweifelsfrei nachgewiesen würde, daß die Gegner bereit gewesen wären, einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegle auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Ehre mit uns zu schließen. Dafür fehlt bis heute der Beweis. Die Friedensbedingungen, welche dem Volke des auf demokratischer Grundlage erneuerten Deutschland im Gegensatz zu feierlichen Versprechungen gestellt worden sind, sprechen leider eine so schlimme Sprache für das Gegenteil, daß, wenn an ihnen festgehalten wird, es keinerlei Mittel geben wird, diesen Beweis jemals glaubhaft zu erbringen.“

28. Mai 1919.

Graf Brockdorff-Rantzau übersendet Clemenceau den ersten Teil einer ausführlichen Denkschrift, die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen enthaltend.

29. Mai 1919.

Graf Brockdorff-Rantzau übersendet Clemenceau den Rest der deutschen Gegenvorschläge zusammen mit einer Mantelnote, welche die Grundgedanken der deutschen Denkschrift folgendermaßen erläutert: „... Wir hoffen auf den Frieden des Rechts, den man uns verleiht. Wir waren entsetzt, als wir... lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindringen, um so mehr überzeugen wir uns von seiner Undurchführbarkeit, die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes. Wir sollen zur Wiederherstellung des polnischen Reiches auf unbestreitbar deutsches Gebiet verzichten... Wir sollen darin willigen, daß Ostpreußen vom Staatskörper amputiert, zum Absterben verurteilt und seines nördlichsten Teils mit dem rein deutschen Memel beraubt wird. Wir sollen zugunsten Polens und Tschechoslowakiens auf Oberschlesien verzichten, obgleich es seit mehr als 750 Jahren in enger politischer Verbindung mit Deutschland steht, von deutschem Leben erfüllt ist und die Grundlage für die Industrie im ganzen östlichen Deutschland bildet. Überwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien abgetrennt werden, ohne genügende Garantien für die Unabhängigkeit einer erst nachträglichen Abstimmung. Das rein deutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden. Obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden, Fünfzehn Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein... Ein so zersplittertes und geschwächtes Deutschland soll sich, obgleich auf Erlastung der Kriegskosten ausdrücklich verzichtet wurde, grundsätzlich bereit erklären, alle Kriegskosten der Gegner zu tragen, Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein Mehrfaches übersteigen würden. Einstweilen fordern die Gegner über die vereinbarte Grundlage hinaus Ersatz der Schäden der Zivilbevölkerung... Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, abgestuft nicht nach seiner Lebenshaltung, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch seine Arbeit zu erfüllen. Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt. Trotz

solcher ungeheuerlichen Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelsflotte ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandswerte verzichten. Wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmen selbst in den verbündeten Ländern auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluß sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alles deutsche Vermögen zur Einziehung zu bringen... Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten. Nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben, ihren Beruf auszuüben... Sogar im Innern sollen wir unser Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Die internationale Kommission für Wiedergutmachung (Reparationskommission) erhält diktatorische Gewalt über unser gesamtes Volksleben in Wirtschaft und Kultur, ihre Befugnisse gehen weit über die hinaus, die der Kaiser, der deutsche Bundesrat und der Reichstag zusammen jemals besitzen haben... Auch auf anderen Gebieten wird Deutschlands Souveränität aufgehoben. Seine Hauptströme werden internationaler Verwaltung unterstellt, es muß auf seinen Gebieten die von den Gegnern gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen, es muß den Verträgen unbekanntem Inhalt zustimmen, die von seinen Gegnern mit den neuen Staaten des Ostens geschlossen werden sollen, selbst über seine eigenen Grenzen. Das deutsche Volk ist aus dem Bunde der Völker ausgeschlossen, dem alle gemeinschaftliche Arbeit der Welt anvertraut ist. So soll ein ganzes Volk seine Achtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat, und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist.

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwertung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen... Aber es sei voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird...

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelte Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schlesiens werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Österreich und Böhmen gewährt wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden... in unverszinsten Jahresraten... Deutschland sei hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten... (Die weiteren in der Montelnote aufgeführten Gegenvorschläge betreffen die Handelsflotte, den Erwerb der vernichteten belgischen und französischen Flugfahrzeuge, die Überlassung industrieller Beteiligungen an die Gegner, das Recht der Arbeiter, über Sozialpolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzumitteln, die Forderung einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges.)

30. Mai 1919.

General Smuts schreibt an Präsident Wilson: „... Die deutsche Antwort... scheint mir die fundamentale Note anzuschlagen, die für uns am gefährlichsten ist... Sie (die Deutschen) sagen im Grunde, daß wir ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilson-Frieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit Ihren vierzehn Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist. Abgesehen von den beiden, von den Alliierten vor dem Waffenstillstand gemachten Einschränkungen (vgl. 4. und 5. November 1918), sind wir verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in ihrem Ziele und Zwecke dagegen sind oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten... Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiele Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem „Fetzen Papier“ gegenübertreten, dann wird unsere Schande so groß sein, daß ich schaudere, wenn ich an die letzte Wirkung auf die öffentliche Meinung denke. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden... Wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Reden von 1918 hält. Offen heraus, ich glaube nicht, daß dies der Fall ist, und es scheint mir, daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in bezug auf eine Anzahl von Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bedingungen, welche Wechselseitigkeit oder Gleichberechtigung ausschließen, und alle die Nadelstiche, von denen der Vertrag strotzt, scheinen mir gegen den Buchstaben und den Geist Ihrer Punkte zu verstoßen... Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilson-Frieden schließen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit die Treue nicht halten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als brächen wir das förmliche Abkommen, das wir in vollem Bewußtsein — wie ich wenigstens glaube — geschlossen haben, und wir werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war. Verzeihen Sie, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Wurzel unserer ganzen Sache.“

2. Juni 1919.

Lloyd George fordert in einer Besprechung mit Wilson und Clemenceau, wesentliche Änderungen des Vertragsentwurfs im Sinne der deutschen Gegenvorschläge, insbesondere auch die Beschränkung der Besetzung auf zwei Jahre. Seine Kollegen sagten, „daß sie keine Möglichkeit sähen, die britischen Delegierten zur Unterzeichnung zu ermächtigen, außer, wenn gewisse Änderungen an diesem Teil des Vertrages vorgenommen würden, auch könnten sie, solange die Abänderungen nicht durchgeführt seien, nicht zugeben, daß die britische Armee für irgendeinen Vormarsch benutzt werde, um den Vertrag zu erzwingen.“

Lloyd Georges Vorschlag, den er noch mehrere Tage forschelt, scheitert an dem Widerstand Clemenceaus und Wilsons.

3. Juni 1919.

Wilson bespricht die deutschen Gegenvorschläge mit der amerikanischen Friedensdelegation und erklärt dabei unter anderem: „Die Frage, die mir am Herzen liegt, lautet: „Wo haben sie (die Deutschen) mit ihren Behauptungen recht?“ Wo haben sie gezeigt, daß die Vereinbarungen des Friedensvertrages in wesentlicher Hinsicht ungerecht sind?“ „Wo haben sie gezeigt, daß sie nur hart sind?“ Denn sie sind hart, aber die Deutschen verdienen das. Und ich glaube, es ist nützlich, daß eine Nation ein für allemal lerne, was ein ungerechter Krieg an sich bedeutet. Ich habe nicht den Wunsch, den Friedensvertrag zu mildern, aber ich habe den aufrichtigsten Wunsch, jene Abschnitte abzuändern, von denen gezeigt wird, daß sie ungerecht sind oder den Grundsätzen, die wir selbst aufgestellt haben, zuwiderlaufen.“ Und ferner am Ende der Besprechung: „Ich möchte nicht unvernünftig erscheinen, aber mein Gefühl ist folgendes: daß wir in dem Vertrage keine Änderungen machen sollten, um seine Unterzeichnung zu erlangen, wenn wir glauben, daß er das enthält, wofür wir kämpfen; daß die Zeit, alle diese Fragen zu erwägen, damals war, als wir den Vertrag schrieben; und es macht mich ein wenig müde, wenn Leute kommen und jetzt sagen, daß sie befürchten, die Deutschen würden nicht unterschreiben, und wenn ihre Befürchtung auf Dingen beruht, auf denen sie zu der Zeit, als der Vertrag geschrieben wurde, bestanden; das ist mir einfach zuwider. Und das geschah. Diese Leute, die unser Urteil über den Haufen werfen und Sachen in den Vertrag schrieben, die jetzt den Stein des Anstoßes bilden, stolpern jetzt über sich selbst, um diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Wenn er nicht da sein darf, so sage ich: schaff ihn fort, aber ich sage, schaff ihn nicht nur deshalb fort, um die Unterschrift unter den Vertrag zu bekommen.“ Auf die Zwischenfrage, ob er dabei an die Franzosen denke, erwidert Wilson: „In erster Linie an die Briten... Sie hätten von Anfang verständigt sein sollen, dann hätten sie es nicht nötig gehabt, es zum Schluß mit der Angst zu bekommen.“

4. Juni 1919.

Der vom Viererrat eingesetzte Ausschuß von Wirtschaftspolitikern (Norman Davis und Baruch für die Vereinigten Staaten, Lord Robert Cecil und Keynes für Großbritannien, Loucheur und Clémentel für Frankreich, Crespi und Altolico für Italien) erstattet dem Viererrat einen vertraulichen Bericht über Europas Bedürfnisse an Lebensmitteln und Rohstoffen und die Mittel zur Finanzierung dieser Lieferungen. Darin heißt es über Deutschland: „Im Falle Deutschland wird die finanzielle Frage durch die Reparationsforderungen des Friedensvertrages überschattet.“ Nach dem Vertrag müsse Deutschland verschiedene besondere Formen des Besihs abtreten oder abliefern, unter denen die Handelsflotte die wertvollste sei. Aber der Ausschuß habe das Gefühl, daß man sich darauf gefaßt machen müsse, „daß die Deutschen zusätzlich der obigen Abtretungen lediglich imstande sein werden, innerhalb von zwei Jahren ganz unbedeutende Zahlungen zu leisten. Selbst wenn von Deutschland innerhalb dieser Frist keine Zahlung verlangt wird, möchte es ohne Bestand für Deutschland unmöglich sein, die notwendige Einfuhr zu bezahlen, durch die es später in die Lage versetzt würde, beträchtliche Zahlungen für Reparationszwecke aufzubringen. Für den wahrscheinlichen Fall, daß Deutschland daher a) außerstande ist, in liquiden Werten die ganzen (binnen der ersten zwei Jahre fälligen) ersten 20 Milliarden Mark zu bezahlen; b) infolge Mangels an Barmitteln und Kredit zu importieren außerstande ist; oder c) nicht im Besihs eines angemessenen Betriebskapitals bleibt, glaubt der Ausschuß, daß eins oder mehrere der nachstehenden Hilfsmittel in Erwägung gezogen werden müßten: 1. Die... Besihsabtretungen können nicht als Vorschüsse auf die Reparationen, sondern müßten als Verkäufe behandelt werden, und die... Regierungen, die diesen Besihs erhalten, sollten den Gegenwert davon Deutschland in bar zur Verfügung stellen... oder es könnte Deutschland als Alternative ge-

staltet werden, eine genügende Summe seiner vorhandenen Aktivbestände zurückzubehalten, um seine Erfordernisse an Betriebskapital zu decken. 2. Die alliierten und assoziierten Regierungen könnten Deutschland eine Anleihe geben; oder 3. die Bestimmungen des Reparationsabkommens könnten so umgeändert werden, daß sie Deutschland gestatten, Schuldverschreibungen zu verkaufen, die vor allen Reparationszahlungen den Vorrang haben und besondere Sicherheit genießen . . . oder die Reparationskommission verpflichten, eine Teilzahlung auf die ersten 20 Milliarden Mark in dieser Form anzunehmen." Die Lösung des Problems sei äußerst dringlich. „Bisher ist mit der Lieferung von Rohstoffen (an Deutschland), deren Kosten . . . auf 180 000 000 £ geschätzt werden, noch nicht begonnen worden; und wenn der Zusammenbruch Deutschlands vermieden werden soll, muß die Lieferung unverzüglich beginnen. Gegenwärtig jedoch ist Deutschland tatsächlich von Mitteln entblößt. Die Erfüllung des Ernährungsprogramms bis Ende Juni wird seine Goldreserve von 110 000 000 £ auf 60 000 000 £ herabsetzen; darunter darf sie nicht weiter fallen ohne den endgültigen Zusammenbruch des deutschen Währungssystems, und ebenso werden sich auch bald Deutschlands gesamte bekannten Bestände an sofort verkäuflichen oder beliehbaren ausländischen Sicherheiten, soweit sie durch Requisition in Anspruch genommen sind, erschöpfen haben. . . . Wenn diese Reparationsverpflichtungen nicht wären, glaubt der Ausschuß, daß Deutschland . . . inslande sein würde, auf privatem Wege umfangreiche Kredite zu erhalten, aber seine unbestimmten und außerordentlich großen Reparationsverpflichtungen vermindern diese Möglichkeiten beträchtlich. . . . Der Wert der Mark ist im Verhältnis zum Dollar jetzt bereits auf weniger als ein Drittel ihres Pariwertes gesunken. Da die Preise für Rohmaterialien, in Dollar ausgedrückt, gegenüber der Vorkriegszeit um das Zweieinviertelfache gestiegen sind, so folgt daraus, daß die eingeführten Rohstoffe in Mark etwa siebenmal so viel kosten werden, als ihr Vorkriegspreis betrug. Da Deutschland lange Zeit hindurch von der Einfuhr abgeschnitten war, haben sich seine inneren Preise diesem Standpunkte nicht angepaßt. Bezüglich der eingeführten Lebensmittel berichten die militärischen Autoritäten des besetzten Gebietes, daß die Preise in Anbetracht der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung, mit Ausnahme von 5 v. H., so hoch sind, daß selbst wenn Nahrungsmittel zur Verfügung ständen, sie nicht verkauft werden könnten, falls nicht die deutsche Regierung oder die Besatzungsarmee Zuschüsse leisten. Falls jedoch die deutsche Regierung die importierten Artikel unter Preis verkauft, wird ihre finanzielle Lage verzwiefelt und eine weitere Inflation unvermeidlich werden. — Der Ausschuß hat der deutschen Lage einen beträchtlichen Raum gewidmet, da nach seiner Meinung hier der Schlüssel zu dem ganzen europäischen Finanzproblem liegt.“

Der Viererrät hat, wie Baker mitteilt, diese Denkschrift niemals ernstlich erwogen.

4. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat zur Frage der Rüstungsbeschränkung bei den kleineren Nationen: „Die größeren Mächte dürfen in eine etwas peinliche Lage geraten, wenn sie (von den kleineren Staaten) vor die Frage gestellt würden, ob sie bei sich selbst die Rüstungsbeschränkung durchzuführen beabsichtigen. Die Antwort würde lauten: Ja, der Völkerbund soll einen diesbezüglichen Plan vorgeben.“ Hierauf würden die Vertreter der kleinen Staaten erwidern: „Habt ihr euch zu seiner Annahme verpflichtet?“ und die größeren Mächte würden hierauf mit einem „Nein“ antworten müssen.“

9. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat: „Er sei von seinen Sachverständigen gewarnt . . . , daß sich, falls der Friede nicht sehr bald unterzeichnet werde, sehr ernste Folgen für die

ganze Welt ergeben würden, nicht nur für den Feind, sondern für alle Staaten. Der Handel könne nicht in Gang kommen, ehe nicht der gegenwärtige Vertrag unterfertigt und in Ordnung gebracht sei. Danach sei es nötig, die Finanzen zu ordnen; und der einzige Weg hierzu sei die Aufstellung irgendeines Kreditplanes. Er wünsche mit größter Feierlichkeit zu betonen, daß, falls Deutschland nicht ein genügend großer flüssiger Aktivbestand, zusammen mit einer Goldbasis, belassen werde, Deutschland nicht in der Lage sei, seinen Handelsverkehr wieder in Gang zu bringen, noch Reparationen zu leisten. Sein eigenes Land sei bereit, große Summen zur Wiederherstellung des Kredites zu beschaffen. Doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen werde der Kongreß nicht einen Dollar bewilligen, und er könne von den Bankiers der Vereinigten Staaten nicht verlangen, daß sie Kredite einräumten, wenn Deutschland keine Aktivbestände habe. Sollte sich daher der Handel wieder beleben, so müßten Schritte unternommen werden, um die Kreditfähigkeit wiederherzustellen, und falls Deutschland nicht für seinen eigenen Bedarf ein gewisser Kredit eingeräumt werden könne, würden sich die Alliierten ohne Reparationen behelfen müssen.“

10. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat: „Falls Deutschland nicht eine gewisse Menge Rohstoffe erhalte und ihm nicht ein gewisser flüssiger Aktivbestand zugebilligt werde, würden (von ihm) auch keine Reparationen zu erhalten sein.“

Clemenceau erwidert: „Das heiße die Welt gänzlich auf den Kopf stellen. Nicht die Sieger, sondern die Besiegten würden auf diese Weise am besten herauskommen.“

16. Juni 1919.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dulasta überreicht um 6½ Uhr abends der deutschen Delegation die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge, sowie eine dazugehörige Mantelnote und den Entwurf eines Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete (Rheinlandabkommen). Dulasta verlangt dabei innerhalb fünf Tagen Antwort, ob die deutsche Delegation gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ministerialdirektor Simons bezeichnet die Frist als zu kurz bemessen. Dulasta erschied darauf nochmals in Versailles und erklärte, die alliierten und assoziierten Mächte hätten sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern.

Die Mantelnote erklärt, der deutsche Protest gegen den Frieden als einen Gewaltfrieden beweise, daß die deutsche Delegation die Lage, in der sich Deutschland befinde, gänzlich verkenne. „Die deutsche Delegation scheint zu denken, Deutschland habe nur ‚Opfer zu bringen, um zum Frieden zu gelangen‘, als ob dieser Friede einzig und allein nur der Abschluß eines Kampfes um territorialen und Machtgewinn wäre. Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für erforderlich, ihre Antwort mit einer scharf umrissenen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen.“ Nach ihrer Ansicht sei der Weltkrieg „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat“. Die Regierenden Deutschlands hätten die Vorherrschaft in Europa angestrebt, Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustande der Gärung erhalten, den Krieg entfesselt und sich jedem Versöhnungsversuche entzogen, bis es zu spät war. Deutschland sei aber ferner auch für die rohe und unmenschliche Führung des Krieges verantwortlich; sein Verhalten sei in der Geschichte beispiellos. „Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen. Die alliierten und asso-

zierten Mächte halten dafür, daß sie denen, die ihr alles dahingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, nicht gerecht werden würden, wenn sie sich damit abfinden würden, in diesem Kriege kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das Recht zu erblicken. . . Die Gerechtigkeit ist also die einzige mögliche Grundlage für die Abrechnung dieses fürchterlichen Krieges. . . Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß das sein die Gerechtigkeit für die Toten, für die Verwundeten, für die Weisenkinder, für alle, die in Trauer sind, auf daß Europa von dem preußischen Despotismus erlöst werde. Gerechtigkeit muß den Völkern zuteil werden, welche heute unter einer ungeheuren Last von Kriegsschulden, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beziffern, . . . fast zusammenbrechen. . . Einer muß unter den Folgen des Krieges leiden. Wer soll leiden? Deutschland oder nur die Völker, denen Deutschland Böses zugefügt hat? . . ." Die Revolution in Deutschland könne die Liquidierung des Krieges nicht berühren, da das deutsche Volk und seine Vertreter die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung geteilt hätten. Der vorgeschlagene Frieden sei ein Rechtsfrieden. Er entspreche sowohl hinsichtlich der territorialen Änderungen als hinsichtlich der internationalen Kontrolle der Flüsse den vereinbarten Friedensgrundlagen. Der sofortige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne nicht zugestanden werden. „Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Stimmung unter den Völkern der Welt es nicht möglich, zu erwarten, daß die freien Völker der Erde sich sofort in gleichberechtigter Gemeinschaft mit jenen zusammen niederlassen, von denen sie so schweres Unrecht erlitten haben.“ „Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte es offen aussprechen, daß dieser Brief und die angeschlossene Denkschrift ihr letztes Wort in der Angelegenheit darstellen.“ Sie „fordern daher eine Erklärung der deutschen Delegation binnen fünf Tagen . . ., daß sie bereit ist, den Vertrag in seiner heutigen Gestalt zu unterzeichnen“. Erfolge diese Erklärung, so würden Vorbereitungen für die sofortige Unterzeichnung in Versailles getroffen werden. Bleibe die Erklärung aus, so gelte diese Mitteilung als Kündigung des Waffenstillstandes. Die alliierten und assoziierten Mächte „werden diejenigen Schritte ergreifen, die sie zur Erzwingung ihrer Bedingungen für erforderlich halten“.

19. Juni 1919.

Die von der deutschen Regierung ernannten Sachverständigen fassen in ihrer Vorbesprechung über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages und über die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig einen Beschluß, der mit der Feststellung endet: „Es ergibt sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die neuen Ententebedingungen zu erfüllen. Einen nicht erfüllbaren Vertrag zu unterzeichnen verbietet die Achtung vor der Vertrags-treue und vor sich selbst.“

19. Juni 1919.

Das Kabinett Scheidemann-Graf Brockdorff-Rantzau fordert von den Regierungsparteien der Nationalversammlung eine formulierte Erklärung, daß entsprechend dem Antrage des Zentrums den feindlichen Mächten neue Gegenvorschläge gemacht und verlangt werden soll: 1. Daß Zugeständnis, daß Deutschland nicht allein die Schuld am Kriege auf sich zu nehmen habe; 2. die Erfüllung der Forderung, daß die deutschen militärischen Führer und Politiker, deren Auslieferung der Vertrag verlangt, nicht ausgeliefert werden müssen; 3. das Zugeständnis, daß die wirtschaftlichen Bedingungen un-

Das einzige bedeutende Zugeständnis der Alliierten besteht in der Zulassung der Volksabstimmung in Oberschlesien.

16. Juni 1919.

Marschall Foch wird vom Vierzerrat aufgefordert, endgültige Einzelheiten seines Planes zur Niederzwingung Deutschlands in dem Falle vorzulegen, daß die Deutschen die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigern. Er schlägt vor, auf der Grundlage einer separatistischen Politik vorzugehen. Seine Truppen seien zahlenmäßig zu schwach, um weit in Deutschland vorzudringen, und ohne geeignete Mittel zur Flanken- und Rückensicherung. Dem allgemeinen Eindruck, daß Foch sich nicht durch militärische, sondern politische Erwägungen (französische Rheinpolitik) leiten läßt, gibt Lloyd George mit den Worten Ausdruck: Er fürchte, daß Marschall Foch Politik und Strategie durcheinander menge. Er hoffe, daß Marschall Foch sich nicht verlegt fühlen möge, wenn er sage, daß er befürchte, sein Urteil in politischen Dingen sei geeignet, Zweifel über sein Urteil auf strategischem Gebiete zu erregen. Selbst Clemenceau verwarf Fochs Plan als närrisch und für das Ansehen der Alliierten gefährlich.

16. Juni 1919.

Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnen eine „Erklärung der Regierungen der Ver. Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bezüglich der Besetzung der rheinischen Provinzen“. Diese besagt u. a.: „Die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigen nicht, die Zeit der Besetzung auszu dehnen, bis die Reparationsbestimmungen vollständig ausgeführt worden sind.“ „Da die Kosten der Besetzung eine entsprechende Verminderung des für die Reparationen verfügbaren Betrages bedeuten, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Art. 431 des Vertrages bestimmt, daß, wenn vor dem Ende der 15-jährigen Frist Deutschland alle seine Verpflichtungen . . . erfüllt haben¹⁾ sollte, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden sollen. Wenn Deutschland vor Ablauf der Frist seinen guten Willen und befriedigende Garantien gibt, die die Erfüllung seiner Verpflichtungen gewährleisten, dann werden die interessierten alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zwecks früherer Beendigung der Besetzungszeit zu treffen.“ Sobald Deutschland in befriedigender Weise abgerüstet habe, sollen die von ihm zu bezahlenden Besatzungskosten jährlich nicht mehr als 240 Millionen Mark betragen.

VI. Die Unterzeichnung

erfüllbar seien und daß hier eine Milderung durch spätere Verhandlungen erreichbar sei. Die Ablehnung dieser Forderungen durch die Feinde soll für Deutschland die Nichtunterzeichnung zur Folge haben. Da diese Erklärung von den Fraktionen nicht zu erreichen ist, tritt das Kabinett zurück.

Reichs Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau sagt in einem Schreiben an Reichspräsident Ebert zur Begründung seiner Demission u. a. folgendes: „In vollem Bewußtsein habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernst zu nehmenden Politiker selbst auszuschalten. . . Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolge zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohen und einzuschüchtern versuchen, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann.“

¹⁾ In Art. 431 heißt es nicht „erfüllt hat“, sondern „erfüllt“

Arno Holz / gestorben am 26. Oktober 1929

Von Alfred Wolfenstein

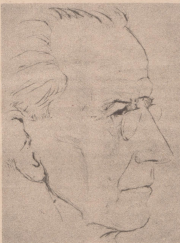
Unsere Zeit geht der Tod, richtiger das Leben dieses Dichters und Kämpfers ganz unmittelbar an. Denn die sozialen und künstlerischen Fragen der Gegenwart treffen wir mit geradezu verblüffender Deutlichkeit schon in seinen mit diesen Problemen experimentierenden Werken. Er hat die starke Betonung der Technik aus der täglichen Wirklichkeit in die Kunst überführt, er hat die Sprache des Tages für die „eigentlich künstlerische“ erklärt und hat die kollektive Zusammenarbeit bereits bewußt verwirklicht. Wir denken an Inszenierungen des heutigen Zeittheaters, wenn wir für den Beginn seines Dramas „Ignorabimus“ vorgezeichnete sehen: Wolfenbüttel, bald fern, bald nah tuzende Autos, eintöniges Straßensgetrappel, Klingeln. In seinem „Buch der Zeit“ gibt das Volksgewühl den lyrischen Ton an und der Klang der Telegrafendrähte, das Dröhnen der arbeitenden Hämmer, der Schrei der Spitäler und Gefängnisse. Kein Wunder, daß ihm ein Kritiker von damals angeklagt solcher scharfen Dinge riet, lieber Eisfabrikant zu werden.

Der im kleinen ostpreussischen Ort Rajenburg 1865 geborene Arno Holz kam schon früh nach Berlin. Er verließ diese Stadt nur zu kurzen Aufenthalten in Holland und in Paris, wo er Holz studierte, als Vorbild seines „konsequenteren Naturismus“. Aber er übertrumpfte ihn noch mit der fanatischen Formel: Kunst ist Natur minus X — je kleiner das X, desto größer die Kunst. Nachdem er mit einem bei Poeten üblichen Singangbuch begonnen hatte — als der spätere Feind aller „flieberfüßen Xaphoden“ —, erschien seine Noellen-trilogie „Papa Hamlet“, Untergänge eines alten Schauspielers und eines Schulfreies, Studien, in denen er einen Jahrmarkt oder einen Tod mit gleich meisterhafter Genauigkeit schildert und selbst durch die verschiedene Größe der Druckbuchstaben ein Jovill oder einen eregten Zustand wiedergeben sucht. Mit Johannes Schlaf zusammen schreibt er dann als ein Maßstab seiner Theorien die

„Familie Sellde“, ein Drama des Elends zwischen nahen Angehörigen: eine Tochter verzichtet auf ihr Glück, um gegen Not, Tod und Unfrieden in der engen Wohnung der Eltern ein Gegengewicht zu geben. Da ausgebildete Berlin im Vorbergrunde der Dichtung steht, sei erwähnt, daß Arno Holz damals eine ganze Serie von zehn Stücken plante: „Berlin. Das Ende einer Zeit.“ Es folgte die Komödie „Sozialaristokraten“, gegen den Friedrichshagener literarischen Kreis. Aber seine eigentlich Höhe erreicht er im „Phantasmus“, den man dem Inhalt wie dem Umfang nach ein wahres Riesenbuch nennen kann. Diese Gedichte, in bald kurzen, bald unendlichen Verszeilen, wirken schon als Druckbild wie ein Wald unregelmäßig verzweigter Bäume. Freie Rhythmen genügen ihm für diese Wildnis nicht, es müssen notwendige, natürliche Rhythmen sein; denn selbst in Whitmans Versprosa hefte ihm noch zuviel Pathos.

Es macht nichts, daß Arno Holz dann die reinrohen „Dajnislieder“ verfaßte, die zu seiner „Revolution der Lyrik“ gewiß nicht paßten, und den „Traumulus“, der mit dem Erfolg eines Unterhaltungsstückes über alle Bühnen ging. Desto unbedeutender blieb sein Drama „Sonnensternis“, das die Enttäuung der Menschheit in der Vision eines Alle umfassenden Naturereignisses gestaltet, und die Tragödie „Ignorabimus“, deren gemaltige Ausnahme es bisher nur zu Plänen einer Theateraufführung kommen ließen.

Sein starkes Werk hatte den Dichter so wenig vor Armut geschützt, daß er sich eine Zeitlang durch Kindererziehung, laufende Mühe, ernähren mußte. In diesem Jahr sollte er für den Nobelpreis vorgeschlagen werden. Aber er starb. Für die notwendige Umschmelzung der Literatur ins Leben bedeutet Arno Holz viel, er war eine der entschiedensten Dichterpersönlichkeiten der Epoche und, wie er selbst sich nannte, „des Zeitgeistes Straßenskehrer“.



Nach dem Leben gezeichnet von Harald Hertenstein

Zur Zeitgeschichte

Fürst Bälow †.

Fürst Bälow war der glänzendste staatsmännliche Repräsentant einer Zeit, die für uns Deutsche von heute schon zur Geschichte erstarrt ist und die auch die Kritik des Forschers nicht mehr aufschmückt zu den Zwecken aktueller Polemik oder Belobigung. Einzig die Person des Altreichstanzlers



Bälow umdehnte noch eine lebendige Aera der Politik. Er hat bis in seine letzten Lebensjahre hinein an der öffentlichen Entwicklung seines Vaterlandes regen Anteil genommen und beispielsweise auch dem ihm im Tode vorangegangenen Stresemann, der ihm in diesem gesinnungsverwandten war, manchen wertvollen Rat gegeben.

Er ist heute leicht und allzu häufig, von einem falschen der Bälowschen Außenpolitik zu sprechen. Es ist heute leicht und allzu häufig, von einem falschen der Bälowschen Außenpolitik zu sprechen.

Es ist heute leicht und allzu häufig, von einem falschen der Bälowschen Außenpolitik zu sprechen. Er zeigte zumeist die von diesem System ausstrahlenden Lichter. Unter Bälows Regime erreichte Deutschland den Höhepunkt seiner Großmachtsstellung. Dieser großartige Diplomat alter europäischer Schule ludte als innenpolitischer Führer im Rahmen der gegebenen Verhältnisse ganz modern zu sein. Ein norddeutscher Junker, der die Bedeutung des Liberalismus und des freiheitlichen Fortschritts erkannte und fruchtbar machen wollte. Man könnte ihn den ersten deutschen Kanzler nennen, der sich vom Parlament stützen ließ, als sich seine Blutmehrheit auflöste.

Schon Bälows Vater war Staatssekretär des Auswärtigen gewesen, aber er selbst war kein Erbe, sondern ein Mann mit eigener Entschlossenheit. Bälow wollte das Reich aus seiner alten mittel-europäischen Illusion herausführen in eine Weltpolitik, die dem ungeheuren Expansionsdrang Deutschen Schaffens entsprach. Daß dieser Weg schwere Gefahren mit sich brachte, war ihm stets bewusst. Freilich suchte er diese Wetterwolken nicht durch die Verständigung mit England abzulenkeln, sondern durch gigantische Steigerung deutscher Machtmittel und durch die Erhöhung unserer prestigemäßigen Geltung. Bälows Ansehen im Ausland war in der Tat fast einzigartig, man trauete ihm Meisterricht zu und verließ sich bei Großmachtkrisen oft auf seine Geschicklichkeit. Seine verschiedenen Teilerfolge brachten ihm als äußere Anerkennung den Grafen- und den Fürstentitel ein; er hatte im Konzert der Mächte wiederholt einen klingenden Applaus, freilich trugen gerade seine imperialistischen Erfolge den Keim neuer Vermengungen in sich.

Bälow war eine Natur von bezeichnendem persönlichen Sauber, elegant, geistreich, lebenswürdig, souveränlos, humorvoll. In seiner kulturellen Neigung befaßte ihn seine hochfünflerliche, grundnützige Gattin, die sich in der Berliner Gesellschaft einer wohlverdienten Beliebtheit erfreute. Die italienische Prinzessin, die in Deutschland ihre Wahlheimat fand, verneigte ihn noch enger mit den großen diplomatischen Traditionen des 19. Jahrhunderts. Italien und Deutschland waren jo durch die Staatskunst aristokra-

tischer Politik der nationalen Erfüllung ihres Einheitsstrebens entgegensteht. Bälou verachtete nach Ausbruch des Weltkrieges die alte deutsch-italienische Freundschaft durch die Kriegsgläubige zu trennen. Wenn das auch ihm, dem Kunigden, Diegewarten, trotz aller Sympathien, die das Fürstpaar in Rom besaß, nicht gelang, so war es nicht seine Schuld.

Im Frühjahr 1929 konnte Bälou, der kurz zuvor durch den Verlust seiner Gattin schmerzlich getroffen war, unter den aufrichtigsten Wünschen ganz Deutschlands seinen achtzigsten Geburtstag feiern. Damals hoffte man, daß der körperlich und geistig rüstige Greis seinen Lebensabend noch länger forschen dürfte. Nun ist er von uns gegangen, und die Längst betrauert einen Detranen ihrer Geschichte, dessen Eckstalt scharf eingetieft in den Bergen deutscher Erinnerung steht.

Schulze-Pfeilzer.

Der neue Dornier X.

Aber die Fläche des Bodens gleitet ein Hängelboot dahin. In bornendem Rhythmus trommeln 6000 Motorpferde ihr wildes Lied und lassen acht mächtige Propellerstrahlen wirbeln. Immer schneller wird die Fahrt, immer kleiner die Bugwelle. Jetzt hebt sich das Dordertel des 55 Meter langen Bootes aus dem Wasser, jetzt reißt sich der ganze Bootkörper vom Seespiegel los und steigt jach in die Luft. Eine Last von 50 000 Kilogramm schwebt frei, steigt hoch und immer höher undragt mit 200 Stundenkilometern durch den Äther dahin.

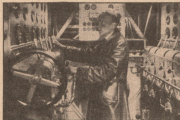


Die Bangernfahrt des D X

Es ist der neue Dornier X, das jüngste und größte Kind der deutschen Flugzeugtechnik, das diese Leistung vollbringt und nun mit einer Besetzung von 170 Menschen seine Jungfernfahrt über den Bodensee macht. Unvergleichlich bleibt für alle, die es mit anfauchen dieses Schaulust, wie der riesige Bau aus schimmerndem Leichtmetall die Schwere überwand, das Wasser verließ und schließlich zum winigen Pünktchen in blauer Höhe wurde. Fast übermütigender noch der Anblick, wie das Flugschiff zurückkam und sanft und sicher wie ein fliegender Schwan wieder auf den Seespiegel aufsetzte. Auch ohne besondere Phantasie begreift man es, daß die Luftboote dieses Typs schon im kommenden Jahre einen absolut sicheren und fahrplanmäßigen Verkehr zwischen den europäischen Mittelmeerländern und ihren afrikanischen Kolonien aufnehmen werden. Viel schwerer aber ist es für den Laien, den ungeheuren technischen Fortschritt zu würdigen, der hier gemacht wurde. Denn eine ganze Reihe von wesentlichen Verbesserungen und Erfindungen mußten zusammenkommen, um das zu schaffen, was jetzt als Dornier X durch die Lüfte eilt.

Auf den ersten Blick verblüfft die Größe dieses Vogels, dessen Schwingen 75 Meter klaffern. Gewiß ist sie wichtig und wesentlich, denn auch für Flugzeuge gilt innerhalb weiter Grenzen das von Seeschiffen und Luftschiffen her bekannte Gesetz, daß ihre Größe proportional ihrer Größe wächst. Die Grenze, innerhalb deren dies Gesetz zutrifft, ist auch vom Dornier X noch weit weitem nicht erreicht, und kommende Jahre werden uns höchst wahrscheinlich noch wesentlich größere Konstruktionen bringen. Immerhin bedeutet dieses Boot den ersten zielbewußten Schritt auf einem als richtig erkannten Wege.

Andere wesentliche Neuerungen und Verbesserungen lernt der Besucher erst bei der Besichtigung des Flugschiffs in seinen Einzelheiten kennen. Viel gewaltiger Fortschritt von den einfachen Keimwandtafeln vergangener Jahre zu den riesenhaften metallischen Hohlkörpern, die hier die Schwingen bilden und in ihrem Inneren nicht nur die Salons und Kabinen der Flugzeuge, sondern auch die Kageräume für den Treibstoff enthalten. Gebilde sind es, in deren Innerem viele Dutzende von Menschen tanzen,



Das deutsche Messingflugschiff D X Bild in den Navigationsraum

mußigen und spielen, und die dabei in ihrem Lageren dem Profil der idealen Vogelschwinge so genau nachgebildet sind, daß sie mit einem Minimum von Motorkraft durch die Luft dahinjagen. Ein Meisterstück der Ingenieurkunst ist schließlich das Fachwerk, das diesem Bau die notwendige Verfestigung und Tragkraft verleiht. Keine Freude bereitet der Anblick dieses Riesenvogels jedem Besucher. Eine noch größere aber dem Zeichner, der hier den Anfang einer neuen und vielerprechenden Entwicklung zu sehen glaubt.

Hans Dominiz.

Regierungsumbildung in Frankreich.

In Paris ist ganz unerwartet das Ministerium Briand, das zwölftes, das Briand bisher geleitet hat, gestürzt worden. Es geriet mit elf Stimmen in die Minderheit über die Frage, ob eine Diskussion der Haager Abkommen sofort oder erst, wenn die zweite Haager Konferenz stattgefunden hat, beginnen solle. Gestürzt wurde das Ministerium in der Hauptfrage durch die Stimmen der beiden großen Einheitsparteien, der Radikalen und der Sozialisten, jedoch mit einem Teil der Stimmen der Rechtsparteien. Es war eine typische Zufallsmehrheit, die sich gegen Briand richtete, eine Mehrheit, die aus ganz verschiedenen Gründen daselbe Datum abgab, die Leute von rechts, weil sie Briands Politik Deutschland gegenüber zu entgegenkommend fanden, die Leute von links, weil sie angesichts gewisser Äußerungen aus den Rechtskreisen der Regierungsmehrheit, die gegen Briand gerichtet schienen, eine Klärung der ganzen Lage herbeiführen wollten. Aber die größte Zufälligkeit, mit der das Kabinett Briand in die Minderheit geriet, darf nicht über die inneren Gründe seines Sturzes hinwegtäuschen. Diese werden sofort klar, wenn man sich die Mehrheitsverhältnisse in der französischen Kammer und die Politik des letzten Ministeriums Briand vergegenwärtigt. Bekanntlich haben die vorletzten Wahlen zur französischen Kammer im Mai 1928 den Nationalen Block gestützt und die Radikopolitik Poincarés verurteilt. Ihre Folge war ein Einheitskabinett unter Herriot, dem dann mehrere kurzlebige Einheitskabinette bis zum Juli 1926 folgten. Dann brachten die Währungs- und Finanznöte des Landes ein Kabinett der „nationalen Einigkeit“ unter Poincaré aus Ruder, das auch die Neuwahlen von 1928 überdauerte, die feinerlei wesentliche Änderungen in der Zusammensetzung der Kammer brachten. Im Kabinett Poincaré war die eine der beiden großen Einheitsparteien, die Radikalen, zuerst vertreten. Sie schied auf Grund der Beschlässe des radikalen Parteikongresses im letzten Jahr aus, so daß das umgebildete Kabinett Poincaré sich fast ausschließlich auf die Rechts- und Mittelparteien stützte. Als Poincaré wegen seiner Krankheit im letzten Sommer aus dem Kabinett ausscheiden mußte, übernahm Briand die Ministerpräsidentenstellung über das kaum veränderte Kabinett. Es ergibt sich also, daß seit dem Sommer 1926 die Rechte im Kabinett den ausschlaggebenden Einfluß hatte, obwohl die Linke in der Kammer die kürzeste Position besaß. Diese Anomalie war ursprünglich hervorgerufen durch die Währungs- und Finanznöte, aus denen nur Poincaré die Rettung zehlen zu können schien. Sie wurde aufrechterhalten durch die Drohung weiteren Währungsverfalls und durch die überragende Autorität Poincarés, aber nur unwillig von der Linken ertragen. Diese Unzufriedenheit der Linken mit einem Rechtskabinett ist der tiefere Grund des Sturzes von Briands Ministerium. Etwas näher wird die Bildung eines Einheitskabinetts unter radikaler oder sozialistischer Führung. Der Sturz der radikalen Partei, Daladier, hat die Bildung eines solchen Kabinetts auch verurteilt, ist aber an der Weigerung der Sozialisten sich daran zu beteiligen gescheitert. Nunmehr ist ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition der Radikalen und der Mittelparteien das wahrscheinliche.

Zündholzanzleihe.

Es werden in Deutschland jährlich etwa 220 000 Kisten zu 1000 Paketen von 10 Schachteln mit je etwa 60 Zündhölzern hergestellt und verbraucht. Rund 20 000 Kisten werden von der G. E. G. — Großeinzelhandels- und Konsumvereine — erzeugt, von den 200 000 sonstigen Kisten werden etwa 150- bis 140 000 in den deutschen Betrieben des schwedisch-amerikanischen Zündholztrafs fabriziert. Der übrige Teil der deutschen Produktion wird in etwa zwei Dutzend sonstiger, mehr oder weniger bedeutender Betriebe hergestellt.

Die Russen haben in diesem Jahre auf dem deutschen Markt ihren Einbruch erheblich vergrößert. Man spricht davon, daß es ihnen gelangen ist, in den ersten acht Monaten Zehntausende von Kisten abzusetzen.

Das ist ein mal die deutsche Zündholz — wenn man so sagen darf — kostet im Paket je 10 Schachteln à 60 Hölzern 25 Pfennig. Das ist das Konjunktural- oder deutschen Betriebe, die im Deutschen Zündholzsyndikat zusammengeschlossen sind. Die Genossenschaften liefern zum gleichen Preis ein Zündholz, das aus Alpenholz hergestellt ist; das Konjunktural- oder Syndikats ist jenseitig aus Doppelholz oder Tannenholz hergestellt. Das Welt- oder des Syndikats ist ebenfalls aus Alpenholz hergestellt; es folgt regulär im

Paket 55 Pfennig und repräsentiert etwa 50 v. H. der deutschen Zündholzproduktion.

Die Konkurrenz der Russen hat sich nicht gegen das Konjunktionslohn, sondern mit Erfolg gegen das Weltholz gerichtet.

Nach dann, wenn der deutsche Markt durch ein gemeinsames Handelsmonopol von der ausländischen Konkurrenz befreit wird, werden nach der Voraussicht die in Deutschland vorhandenen Zündholzbetriebe noch nicht voll beschäftigt sein. Aber es wird sich eine ordentliche Rentabilität ergeben.

Zu beachten ist, daß die Zündholzindustrie nur wenige tausend Arbeiter beschäftigt, daß von ihr erzeugte Wert keine besondere Produktionsgröße darstellt und daß auch das in ihr angelegte Kapital nicht über wenige Dutzend Millionen Mark hinausreicht.

Aber das Zündholz wird in der ganzen Welt abverkauft, überall haben nahezu konsumentliche Märkte, die geschäftliche Organisation ist in einem Weltkreis zusammengefaßt, der unter der Führung des Schweden Jar Krauger steht. Die Aktien und Anleihen des Trujs sind ein beliebtes und geachtetes internationales Wertpapier. Bisher hat es dem Trujs niemals Schwierigkeiten gemacht, auch auf dem Wege über die Ausgabe von Bonds (festverzinsliche Anleihen) Geldmittel zur Ausweitung seiner Produktions- und Absatzmacht zu erhalten. Deswegen wurde von ihm immer wieder seine privatkapitalistische Planwirtschaft für das Zündholz in den einzelnen Ländern mit Anleihen verknüpft. Im Jahr 1927 konnte der Zündholztruj unseren westlichen Nachbarn — Frankreich — eine bedeutende Anleihe gewähren. Mit Gesellenleistung wurde er in das französische Zündholzmonopol eingeführt.

Jetzt haben wir auch einen Vortrags über eine deutsche Zündholzleihe.

Das Reich erhält eine sechspromtente Anleihe über 125 Millionen Dollar. Der Auszahlungskurs soll 95 betragen, der Zettelerlös wäre demnach 488 Millionen Mark, die Realverzinsung etwa 6½ v. H. ohne die Tilgung.

Der Truj besorgt sich das Geld durch die Ausgabe einer eigenen Anleihe, die er mit 5 v. H. verzinsen will.

Die Anleihe soll in zwei Raten ausbezahlt werden, 200 Millionen Mark im Juni 1930, der Rest im Januar 1931. Selbstverständlich ist der Finanzminister durch diese Termine in die Lage gesetzt, wenn er es aus Kassenrücken für notwendig hält, diese Summen sich beschaffen zu lassen. Der Finanzminister gewinnt damit in der Kassenlage eine nicht zu unterschätzende Freiheit.

Der Truj erhält für die Anleihe neben der sechsundsechszehnten Realverzinsung noch einen Zinssungszuschlag von etwa ½ v. H., der sich daraus ergibt, daß das Konjunktionslohn im Paketpreis von 25 auf 50 Pfennig gesteigert wird. Der so anfallende Mehrerwerb wird nach einem bestimmten Schlüssel zwischen dem Reich und den Schweden geteilt, soweit er nicht durch Erhöhung des an die Fabriken zu zahlenden Preises (von 110 M. auf 150 M. die Kiste Konjunktionslohn) aufgebraucht wird.

Nicht zu berechnen ist heute, ob in Zukunft der Weltkölnerpreis ebenfalls um 2 Pfennig, 5 auf 10 Pfennig steigt; es ist das anzunehmen. Hierin wird neben dem erhöhten Produktionspreis und der Bereinigung der Konkurrenz selbstverständlich auch noch ein gewisses Geschick liegen. Die G. E. G. hat im wesentlichen seine Sonderstellung behalten.

Die Anleihe kann nach zehn Jahren gekündigt werden, der Monopolvertrag soll auf 52 bis 50 Jahre geschlossen werden. Die letzte Entscheidung über alle Einzelheiten und über das Ganze liegt beim Reichstag. Er wird die finanzpolitische und die wirtschaftspolitische Seite der Zündholztransaktion zusammenfassen und zu entscheiden haben.

Die Wahlen in Baden.

Der Freistaat Baden hat am 27. Oktober einen neuen Landtag gewählt. Die Wahlung war zugleich als frühere Wahlen und betrug ungefähr 62 v. H. Nach dem neuen Wahlgesetz entfällt auf 10000 Stimmen ein Abgeordneter. Der bisherige Landtag hatte 76 Abgeordnete, im neuen Landtag werden 88 Abgeordnete die Interessen von insgesamt zehn gewählten Parteien vertreten. Die Christlich-sozialistische Reichspartei, die Volkspartei und die linken Kommunisten erhielten kein Mandat. Die bisherige Regierungskoalition, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten ist gestürzt aus den Wahlen hervorgegangen. Das Zentrum konnte seine Stimmzahl auf 285 414 Stimmen im alten Landtag auf 541 860 im neuen erhöhen. Es verfügt jetzt über 54 statt 28 Mandate. Die Demokraten behalten ihre bisherigen sechs Mandate. Ihre bisherige Stimmzahl hat sich unmerklich von 66 652 auf 62 255 verringert. Gegenüber den Landtagswahlen von 1922 zeigen die Sozialdemokraten einen Gewinn von 160 498 auf 187 290 Stimmen. Sie erhalten 18 Mandate (Gewinn zwei). Ungeheure Verluste hat die Wahl den Deutschen Nationalen gebracht. Von 93 750 Stimmen und acht Mandaten im alten Landtag sind sie auf 54 081 Stimmen und drei Mandate herabgerückt. Die Deutsche Volkspartei zeigt einen Zugang von ungefähr 2000 Stimmen und kehrt wieder mit sieben Mandaten in den Landtag zurück. Einen starken Aufschwung haben die Nationalsozialisten erfahren, die jetzt sechs Ab-

geordnete (bisher 0) in den Landtag schicken. Von 15 537 Stimmen bei der letzten Landtagswahl sind sie auf 63 066 gestiegen. Die übrigen Parteien stellen sich wie folgt: Kommunisten 55 169 Stimmen und fünf Mandate (bisher 47 543 und drei), Wirtschaftspartei 55 613 Stimmen und drei Mandate (bisher 22 856 und zwei Mandate), Badische Bauernpartei 28 141 Stimmen und drei Mandate (bisher keine), Evangelischer Volksbund 35 528 Stimmen und drei Mandate (bisher keine). Die bisherige Regierungskoalition verfügt nach wie vor über eine große Mehrheit. Trotz des auch unter den Koalitionsparteien mit Schärfe geführten Wahlkampfes dürfte die Regierungsallianz keine Schwierigkeiten bereiten.

Das Königreich Jugoslawien.

Zur südslawischen Verfassungsreform.

Schon in den ersten Tagen der südslawischen Diktatur, die am 6. Januar d. J. begann, ließ das neue Regime verkünden, daß es eine neue Verfassungsreform und Neuordnung der Verwaltung eine seiner wichtigsten Aufgaben erblicke. Unter Aufsichtung des Parlaments ist diese Aufkündigung nun am 3. Oktober d. J. verkündet worden. Der südslawische Ministerrat bewilligte vor wenigen Wochen ein „Gesetz über die Neueinteilung des Königreiches“, das mit einem föderalisch seit der Diktatur außer Kraft gesetzte alte Diktatur-Verfassung vom 21. Juni 1921 aufhebt und an deren Stelle eine völlige Neuordnung des jungen südslawischen Staates setzt. Das von dem alten Diktator, dem Verfänger der großserbischen Idee, mit staunenswerter Energie geschaffene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (Kraljevina Srbo, Hrvatata i Slovenaca, oder abgekürzt: S. H. S.) ist nach stürmischen, blutigen innerpolitischen Kämpfen, die den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern drohten, zu Grund getragen worden, und an seine Stelle trat nun das Königreich Südslawien (Jugoslawien). Der im Deutschen auch gebräuchliche, der bisherigen amtlichen Bezeichnung aber nicht entsprechende Name „Jugoslawien“ ist ein sprachliches Nonens.

Nach der alten Verfassung war das Land in insgesamt 53 Kreise (Oblasti) geteilt, an deren Spitze die sogenannten Jupane standen. Die im Jahre 1920/21 vorgenommene Einteilung des Staates entsprach aber in keiner Weise der historischen Entwicklung der einzelnen Gebiete, die aus zwei, respektive drei Staaten (Österreich, Ungarn und Albanien) nach den großserbischen Plänen zu einer staatlichen Einheit zusammengefaßt werden sollten. Diese Unberücksichtigung der historischen Grundlagen der zu einer staatlichen Einheit werdenden, kulturell aber doch wesentlich als unterschiedenen Völker der Südslawien (Jugoslawien) hat die innerpolitische Geschichte der letzten zehn Jahre dieses Staates beherrscht. Mit aller Heftigkeit wurde daher vor allem von den Kroaten die alte Verfassung bekämpft und an deren Stelle eine föderalischere errichtet.

Dieser Forderung kommt nun die neue Verfassung zum Teil entgegen. Das Land wird in neun sogenannte Banate geteilt, die in ihrer Umgrenzung fast überall den historischen Grenzen entsprechen. So umfaßt ein Banat fast vollkommen das slowenische Sioblenagebiet, der zweite entspricht dem früheren Königreich Montenegro, der dritte dem alten österreichischen Kronland Küstenland mit dem Hauptort Spil (Spalato), der vierte umfaßt die Gebiete des alten Kroaten, der fünfte entspricht den ehemals (böhmischen) Gebieten, der sechste dem serbischen Teil Mazedoniens, drei weitere Banate liegen um die Flussläufe des Verbas, der Drina und der Morawa. Bezirg mit Semlin, zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet zusammengefaßt, untersteht einem Präfecten und ist reichsunmittelbar. So sehr bei der Abgrenzung der Banate historische, wie aber auch wirtschaftliche und geographische Gesichtspunkte maßgebend waren, so sehr haben auch nationale Gründe da eine bestimmende Rolle gespielt, wo nationale Minderheiten wohnen. So zum Beispiel in dem Banat Donau mit der Hauptstadt Neufaz, wo bekanntlich kompakte deutsche und magyarische Minderheiten leben, mit dem deutschen Betreibern, die serbische reich slawische Mehrheit in den einzelnen Banaten zu erhalten. Aus dieser Einteilung des Staates geht deutlich hervor, daß die südslawische Regierung eine weitgehende Dezentralisation der Verwaltung herbeiführen will, die aber in keiner Weise eine föderalisierung der nationalen Gruppen erblickt.

Das zeigt schon die Änderung des Namens des südslawischen Staates: Nicht mehr die Serben, Kroaten und Slowenen bilden das Königreich Südslawien, sondern die vereinten Slawen serbischer, kroatischer und slowenischer Sprache. Aus den drei Völkern soll ein einziges Staatsvolk gemacht werden. Dr. Heinz von Palfey.

Zehn Jahre Verwaltungsakademie Berlin.

Im Oktober feierte die Verwaltungsakademie Berlin in der Neuen Aula der Universität ihren zehnten Geburtstag. Von der Beamtenschaft ins Leben gerufen, wurde sie am 14. Oktober 1919 von ihrem ersten Präsidenten, Ezzelung Schiffer, feierlich eröffnet. Die Verwaltungsakademie hat sich zur Aufgabe gesetzt, die berufstätigen Beamten in ihrem Fachwissen und -fönnen

fortzubilden, ihre Allgemeinbildung zu heben und ihren Sinn und ihr Verstandnis für die hohen amtlichen und ethischen Sonderpflichten, die ihr Beruf — ideal aufgefaßt — ihnen auferlegt. Der Wunsch nach theoretischer Fortbildung, nach der Möglichkeit fächerer Anteilnahme an den geistigen Kulturgütern und nach Steigerung der Arbeitsfähigkeit geht schon seit Jahrzehnten durch die beruflichen Beamten. Der Wunsch liegt sich aber nicht von einzelnen oder kleinsten Dienstleistungen einzeln durchzuführen, sondern nur von einer festgelegten Organisation der Gesamtheit. Diese Organisation brachte die Gründung des Deutschen Beamtenbundes im Dezember 1918; aus seinem Schoße konnte die Verwaltungsakademie erwachsen.

Die Verwaltungsakademie ist als hochschulmäßige Bildungsanstalt aufgebaut; der Unterricht wird in laufenden Semester-vorlesungen und -übungen sowie Ferienkursen und fachwissenschaftlichen Wochen von Hochschulpromotoren und von wissenschaftlich und pädagogisch geeigneten höheren Beamten erteilt. Die laufenden Vorlesungen werden hauptsächlich in den Abendstunden nach Beendigung des Dienstes von den in Berlin und Umgegend wohnenden Beamten besucht, die ferientarife und fachwissenschaftlichen Wochen von auswärtsigen Beamten, die auf ein bis zwei Wochen von ihrem Dienst befreit werden. Insgesamt haben in den verschiedenen Jahren 45 100 Hörer, darunter fast die Hälfte Auswärtige, sich dem Akademiestudium unterzogen. Über eine fachentsprechende Zusammenfassung des Lehrkörpers und eine systematische Zusammenstellung des Lehrstoffes wacht die Studienleitung,

die in den Händen von Erzellenz Dr. Drews und Professor Dr. Peters bestens aufgehoben ist. Leider hat die Akademie zweimal einen Studienleiter durch frühzeitigen Tod verloren; sie muß an ihrem Festtag mit tiefer Trauer des Ministerialrats Dr. Jöhlinger und des Professors Dr. Kastel gedenken, deren Verdienste unvergessen bleiben werden und deren Namen unaussprechlich in die Geschichte der Verwaltungsakademie eingegraben sind. Die Lehrpläne sind so aufgestellt, daß jeder Hörer in sechs Semestern ein in sich abgerundetes Wissensgebiet bearbeiten kann; nach Beendigung eines sechssemestrigen Studiums kann er sich einer Prüfung unterziehen, über deren Befinden ihm ein „Akademie-Studienzeugnis“ oder „Diplomeugnis“ ausgestellt wird. Jedoch haben nur wenige Hörer von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (52); die Hörer wollen nicht Berechtigungscheine erwerben; sie arbeiten, um ihr Wissen und Können auf eine Höhe zu bringen, die ihren Befähigungen und ihrer Willensstärke entspricht.

Wie die Hörer der Verwaltungsakademie an ihrem Gedenktag mit größter Dankbarkeit gedacht, so haben auch die Behörden mit Dank und mit Anerkennung der Leistungen der Akademie nicht gefargt. Die Verwaltungsakademie Berlin ist eine Bildungsstätte geworden, die aus den Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens nicht mehr fortzudacht werden kann. Ihre Arbeit kommt zwar unmittelbar den Beamten, aber mittelbar dem Staat und dem ganzen Volk zugute. Für eine glückverheißende Weiterentwicklung kann jeder Bürger ihr heute nur die besten Wünsche mit auf den Weg geben.

Ministerialdirigent a. D. Daniels.

Berlin und die Jugend.

Für das gesamte Schulwesen, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, zahlt die Stadt Berlin: 30,05 Mark, für das Wohlfahrtswesen: 41,78 Mark und für das sonstige Gesundheitswesen: 11,90 Mark. Diese Leistungen Berlins bewegen sich in aufsteigender Linie. Es gab im Jahre 1924: 63 häusliche Säuglings-fürsorgestellen,



In der neuen Krippe Photothek, Berlin am Zebbins, Berlin

1925: 91, 1927: 85 Säuglinge. — Die Fürsorge für die Jugend beginnt mit der Eheberatung der Eltern, sie setzt sich fort in der Schwangerschafts-fürsorge. 1928 waren 35 häusliche Schwangeren-fürsorgestellen vorhanden; die Ratuchenden stiegen von 7000 im Jahre 1925 auf 12 000 im Jahre 1927. Für die Neugeborenen gibt es zur Zeit 78 häusliche Fürsorgestellen. In ihnen wird nicht nur Nat erteilt, es werden auch Nährpräparate verabfolgt, Milch wird geliefert, es erfolgt Bekräftigung mit Hühneronna. Die Kleinfürsorge leitete 1928: 292 876 Beratungen, denen die entsprechende Behandlung unermüdlich folgte. Für rachitische, tuberkulöse und syphilitische Kinder sind besondere Vorkehrungen getroffen. Auf die erwerbstätigen Mütter wird die größte Rücksicht genommen. Die Zahl der zu

Schulärzte sind erheblich vermehrt worden, während früher auf etwa 8000 Kinder je ein Arzt gekommen ist, haben seit 1927 ein Arzt und zwei Fürsorgekräften 6000 Kinder zu betreuen. Zu den genau festgelegten Dienstblöcken der Schulärzte gehört vor allem die regelmäßige Reihenuntersuchung sämtlicher Kinder, daneben laufen die Sprechstundenuntersuchungen. Zur Zeit sind in Berlin etwa 80 Schulärzte tätig, denen 140 Fürsorgekräfte beigegeben sind. Unter den Fürsorgemaßnahmen



Das neue Gesundheitskino in Berlin-Dantow



Tagesheim für Photothek, Berlin, Ostendeburger Str. gefürsorgte Kinder, Berlin, Ostendeburger Str.

sich besonders die Schulpflege und die Verpflegung entwickelt worden. Für die Schulpflege gibt es 18 Kliniken mit etwa 60 Ärzten. Die Gesamtzahl der Schulpflege in Groß-Berlin beträgt beinahe 400 000, dazu kommen noch einige hunderttausend Kleinkinder und Säuglingsklassen. 65 000 Berliner Kinder werden jährlich zu einem Erholungsantritt für 6 Wochen an die See oder ins Gebirge gefahrt. Etwa 50 v. H. aller Schulpflege sind unzulänglich ernährt und daher pflegungsbedürftig; die Zahl der Gespeisen beträgt zur Zeit 87 17 v. H. was aber immerhin 60 000 Kinder ausmacht. Für die heranwachsende Jugend hat Berlin 83 Jugendheime, gebraucht werden 170.

Für sein Volksschulwesen wendet Berlin im Jahre 1929: 21,5 Millionen Mark auf, nicht ein-



Schulbesuch Photothek, Berlin am Zebbins, Berlin



Erste häusliche Haus-Fotothek, Berlin Frauenstraße (angehört der Zelle-Chef-Trauer-Schule), Berlin O 11, Ostendeburger Str. 53

verforderten Waisen-kinder beträgt 19 510, die Zahl der Fürsorge-glinge 7500. Die

gerechnet die Schul-neubauten. Für diese Schulpflege sind 68 Millionen MarkForge-



Berufslehre Photothek, Berlin am Zebbins, Berlin



Chirurgieabteilung im Bezirk Wedding, Waffstr. 16, Berlin

sehen. Die Neubauten sollen dem Programm der modernen Erziehung entsprechen; in Bezug auf die moderne Volksschule bestimmt der Stadtschulrat: „Die Umgestaltung der Lehrschule zur Arbeitsschule, die Einführung neuer Unterrichtsgebiete in den Lehrplan hat es erforderlich gemacht, zur Erreichung des gesteckten Lehrzieles die Räume nicht nur ganz anders auszustatten, sondern den Schulen auch eine erhöhte Anzahl von Sonder-Unterrichtsräumen zur Verfügung zu stellen.“ Weinab in jeder Berliner Volksschule gibt es jetzt besondere Zimmer für Rechnen, Pflanzenkunde und Vorträge, gibt es Werkräume, Kichen, Bäckereien, Hörsäle für Chemie und Physik, Dunkelkammern, Laboratorien der höheren Schulen kostet die Stadt Berlin 945 Mark im Jahre.



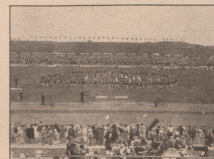
Berufsschule Berlin-Röppend Press-Photo-Ges. (Bootsbauerschiffung beim Entwerfen)

beihilfen für die Eltern bedürftiger Schüler an wurde 1929: eine Million Mark ausgezahlt; auch Lehrmittel der bedürftigen höheren Schüler



Prüfung künstlerisch begabter Schüler unter Leitung der Berufsberatungsjestelle

betrag im Jahre 1929: 122 000. Nach die Berufs-schüler erhalten, soweit sie bedürftig sind, freie Lehrmittel, daneben auch die Zahlung des Fahrgeldes zum Schulbesuch. Der Jugend kommt noch ein großer Teil der Leistungen zugute, die Berlin für sein Bibliothekswesen aufwendet; der Gesamtbetrag ist bel-nabe 4 Millionen Mark im Jahre.



Weiche Spielweise im Volkspark Rehberge Phot.: A. Groß



Schulischer Stinbergarten Photostich, Berlin Johannistal

ist um so wichtiger, als noch immer in Groß-Berlin 74 v. H. der Wohnungen ohne Badebelegenheiten sind. In Grünanlagen hatte Berlin 1921 einen Bestand von 10 528 000 Quadratmetern, Ende 1929 waren es 18 995 000 Quadratmeter. An Kohausgaben benötigte die Berliner Pariserwaltung im letzten Jahre 7,5 Millionen Reichs-



Feiernheim des Bundesjugendbundes, Spielplatz Döhlen, Kronprinzallee

mark und daneben 5,5 Millionen Reichsmark für Neuanlagen durch einziger von den mannigfachen Wasserpost-Plätzen, der Wasserpost-Perjonen besucht werden. — Dieses sind nur wenige Zifferen aus der gewaltigen sozialen, hy-



Blanchéboden im Park Eichensee Phot.: Dieges

gienischen und kulturellen Arbeit, die Berlin an seiner Jugend leistet. Wer die Einzelheiten dieser hervorragenden Erziehungsarbeit, ihre dauernd verbesserten Methoden, ihren ständig wachsenden Reichtum, ihre Vielseitigkeit und ihre Vertiefung beschreiben wollte, müßte umfangreiche Bücher füllen. Auf jeder Seite bliebe festzustellen: der Triumph der Selbstverwaltung und der organisierten Demokratie.



Stinbergpeisung Phot.: John Graundez

anlagen, den Parken und den Wäldern, die Berlins Verwaltungsverhalten. Hier bleibt zu beachten, daß die Vergangenheit für die öffentlichen Bäder Berlins sehr wenig getan hat; erst nach dem Kriege ist planmäßig die erforderliche Anzahl der Hallenbäder und der Freibäder angestrebt worden. Ein Bäderbauprogramm liegt vor. Es fordert für ein Hallenbad, das früher etwa drei Millionen kosten durfte, heute nur eine Million Mark. Jeder entsprechende Raum soll vermieden werden. Dagegen sind zunächst 5 neue Hallenanlagen, außerdem 8 neue Freibäder. Die Durchführung dieses Bäderbauprogramms ist noch immer in Groß-Berlin 74 v. H.



Größe häußliche Hausfrauenerschule Berlin Photostich

betriebe für Neuanlagen durch einziger von den mannigfachen Wasserpost-Plätzen, der Wasserpost-Perjonen besucht werden. — Dieses sind nur wenige Zifferen aus der gewaltigen sozialen, hy-



Stinbergpeisung Phot.: Fennemann

glenischen und kulturellen Arbeit, die Berlin an seiner Jugend leistet. Wer die Einzelheiten dieser hervorragenden Erziehungsarbeit, ihre dauernd verbesserten Methoden, ihren ständig wachsenden Reichtum, ihre Vielseitigkeit und ihre Vertiefung beschreiben wollte, müßte umfangreiche Bücher füllen. Auf jeder Seite bliebe festzustellen: der Triumph der Selbstverwaltung und der organisierten Demokratie.

Zanzland im Volkspark Rehberge Phot.: Pacific & Atlantic

Geschäftliche Mitteilungen.

Sparlam Wirtschaften

wird jede sorgsame Mutter und Hausfrau. Wird sie es tun, wenn sie die billigen Waren einkauft? Doch wohl kaum, denn die kluge Frau weiß, daß gute Lebensmittel, für deren Qualität und Reinheit der Verkäufer einstößt, nicht die billigsten sein können, daß vielmehr Preisermäßigungen stets auf Kosten der Güte gehen müssen.

Es ist ein großer Unterschied, ob zum Beispiel Honig schlechtest angeboten wird, oder ob in sorgfältiger Auswahl gemessene Sorten geliefert werden, die natürlich etwas teurer, dafür aber an Wohlgeschmack, Aroma, Fein- und Nährkraft unübertrefflich sind.

Nur im garantiert reinen, goldgelben Bienenhonig fast alle die Vorteile enthalten, die der Honignuß dem Körper bietet, der Gehalt an Vitaminen und Fruchtzucker, die Heilkräfte bei Husten, Heiserkeit und anderen Erkältungskrankheiten und die vielen dem Körper so zuträglichen Nährstoffe. Darum wende man sich bei Bedarf an Frau Pastor Kämer Weid., Mühle bei Friedrichshub, Bez. Hamburg, die solche feinsten Sorten liefert.

Kälte wirkt sich beim Darenverlauf verschieden aus; besonders empfindlich ist der Wein. Belegungen für die Festtage sollten daher sofort erteilt werden. Wir verweisen auf das diesbezügliche Weinachtskalendarium der Weinlieferer Schmitzen, Bernacki & Co. (Wolff), im Informativteil.

Was ist Wein? — Doch nur aufgangener Sonnenschein. — Jeder sollte daher eine gute und billige Flasche Wein trinken, so, wie er von der als Weinfirma rühmlichst bekannten Grafen von Königsmarschens Weinfabrik in Koblenz zu den günstigsten Zahlungsbedingungen angeboten wird. — Wir empfehlen unseren geschätzten Lesern, von dem der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Firma weitgehend Gebrauch zu machen.

Dem heutigen Heft liegt ein interessanter Prospekt der Deutschen Beamten-Buchhandlung G. m. b. H. bei, auf den wir unsere Leser hierdurch besonders hinweisen.

Linoleumteppiche

Läufer und Vorlagen billig. Frachtfrei dort und noch 10% Beamtenrabatt ohne Anzahlung, liefern vorzüglich 10 RM. Verlangen Sie Musterzuwahl franko auf 5 Tage.

Otto Sachau, Lino-umgrobhandlung, Elmshorn 11.

Wir vermieten

voraussichtlich

zum 1. 11., 1. 12. d. J.

1 1/2 - 2 1/2 Zimmer-wohnungen

in:

Berlin-Reinickendorf
Pankower Allee

Auskunft:

Vermietungsbüro der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues, Gemeinnützige Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 31

Fernruf: Stephan 5521-23

Sprachen suggestiv!

Kein Vokabellernen, keine grammatrischen Übungen, keine Wörterbücher! Wer in ungeahnt kurzer Zeit Englisch, Französisch usw. geläufig meistern möchte, erhält gratis u. postfrei das aktuelle Sprachbuch: „Die psychotechn. Methode“ (431. Aufl.), herausgegeben vom Verlag zeitgemäß. Sprachmethode, München O 213 Bavariaring 10, Gefl. Sprache angeh.

Allem überlegen

Pflaumenmus

aus getrockneten u. frischen Früchten, delizios.
10 Pfd.-Kistchen . . . 4.20
25 Pfd.-Bühnenkar . . . 14.20
Kb. m. 35-70 Pfd. A.P.H. - 4.0
Freibehälter, selbstverpackt
Kornpost, 10 Pfd.-Kistchen . . . 4.30
Feinstes Rübensaft, 3 fach raffiniert 10 Pfd.-Dose 2.15
Preisliste ab hier gegen Nachn.
Hein. Eckstein, Lamsdorf
Magdeburg-N. 480

erschaffen 1890



Stoffe

ab Fabrik am Preis mit Verfrachtung
Kauf mit Nachn.
Herrmann Jahnke
Königsplatz 62

Kugelscheibe

rot, gesunde Ware o. Abfall
9 Kgl. = 9 Pfd. 4.20
200 Harklöse . . . 4.50
100 dt. = 1 Kgl. 4.20
K. Seidel, Neri (Jülicher) Nr. 307

Abessinierbrunnen

kann jeder selbst anstellen. Manches von u. Klappen usw., sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.

Illustrierte Proliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 950, Chausseestraße 88



Nur Zivil- und Staatsbeamten

Bestern wir seit 1884 direkt ab unser Fabrik

Oberbetten

Unterbetten, Pflümeau und Kissen, Bettfedern und Daunen

strenge Auswahl und monatliche Meterzahlung. Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jede Rate wird für jeden Kunden nach geöffneter Wahl besonders angefertigt.

Minderwertige Ware führen wir nicht.

Lt. amt. notarieller Bestätigung:

1. Über 400 000 Kunden in mehr als 10000 Orten
2. Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platz zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.

Kölln 149, Trierer Straße 13.

Großes Spielgeschäft Deutschlands. Verlangen Sie kostenlose Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Abstehende Ohren



verlihen dem Gesicht ohne unedlen, oft stupiden Ausdruck. Sie sind oft die Ursache zu Spöttelereien. Wenden Sie „Rectodor“ an u. abstehende Ohren werden sofort durch „Rectodor“ anliegend, ohne daß das Hilfsmittel sichtbar ist. Nach einiger Zeit nimmt die Ohrmuschel die verbesserte Form dauernd an. Keine Injektion, noch, schmerzlose äußerliche Anwendung. Garantie für Unschädlichkeit. Preis Mk. 5.75. Vers. geg. Nachn. durch Schröder-Schenke, Berlin W 163, Potsdamer Str. 26 b



fabrik von Berlin'scher NISTHÖHLEN HERM. SCHEID, BÜREN (WESTP.) KUNERSDORF b. Frankfurt (Oder).
Zuschreiben an nach Bitten (Westp.). Kluge Firma, die nur streng nach Vorschrift und unt. direkter Kontrolle des Fabrik- u. Berichtschiebes illust. Preisliste auch über Wasserstüttung kostenlos

Moselwein . . . ?

dann nur von der Quelle!
Weinkeller 5 c m f i g e s
Berncastel 49 (Mosel)
Lanfende Anerkennungen!

Teilsahlung!
Werbewochen für WEIHNACHTEN!

28 er Moselischer M. 0,95,
28 er Schwarze Elbe M. 1,15,
27 er Chamerather Bruderschatz M. 1,50, 27 er Zellinger Himmelsreich M. 1,80,
letzter: Tischwein M. 0,74 u. 0,85, Rotwein M. 1,15 p. Fl.
Glas und Kiste billiger.
Bestellung und Preislistenanforderung sofort erbet., ohne Kälte dem Vers. behindert. Zahlung ab Januar 1930

Fabrik von Berlin'scher NISTHÖHLEN HERM. SCHEID, BÜREN (WESTP.) KUNERSDORF b. Frankfurt (Oder).
Zuschreiben an nach Bitten (Westp.). Kluge Firma, die nur streng nach Vorschrift und unt. direkter Kontrolle des Fabrik- u. Berichtschiebes illust. Preisliste auch über Wasserstüttung kostenlos

Zuschreiben an nach Bitten (Westp.). Kluge Firma, die nur streng nach Vorschrift und unt. direkter Kontrolle des Fabrik- u. Berichtschiebes illust. Preisliste auch über Wasserstüttung kostenlos



Teppiche

Bouclé-Teppiche Axminster-Teppiche Velour-Teppiche
ca. 140x200 31.- 31.- 31.-
" 175x250 " 49.- 49.- 49.-
" 200x300 " 100.- 100.- 100.-
" 250x350 " 100.- 100.- 100.-
Teppichkater ca. 70 cm breit Kates 31.- 250, Bonclé 31.- 520, Velour 31.- 11.-
31.- 11.-, Teppich 31.- 11.-, Tischdecken 31.- 11.-, Divandecken 31.- 11.-
Univ. Kork, Granit, Jasper u. Inlaid-Linoleum, Divandecken
Bei Bestellung 1/2, kostenlose auf Anfrage, auch kostenlose Linoleum und Parkettarbeiten

BERLIN
Potsdamerstr. 114
Nähe Potsdamer Platz

Notieren Sie bitte:

HERMANN ONCKEN

Nach 10 Jahren

I.
VERSAILLES

Ansprache im Rundfunk am 28. Juni 1929

II.

REDE BEI DER VERFASSUNGSFEIER

der Berliner Hochschulen am 27. Juli 1929

Vor zehn Jahren, nach dem äußeren und inneren Zusammenbruch des Deutschen Reiches, erwachsen zwei riesengroße Aufgaben: die Sicherung des äußeren Friedens und die Schaffung einer neuen Verfassung im Innern. Unter diesem Gesichtspunkt sind hier die beiden Reden, die an den Gedenktagen der beiden wichtigsten politischen Ereignisse der Nachkriegszeit, des Friedensschlusses von Versailles und der Verfassung von Weimar, von dem bekannten Historiker der Berliner Universität Prof. Dr. Hermann Oncken gehalten wurden, zu einem Bändchen vereinigt. Oncken, als Historiker berufen, die politischen Ereignisse in den Blickpunkt weltgeschichtlicher Allgemeingültigkeit zu rücken, und doch lebendig genug in der Gegenwart stehend, um ihre Dringlichkeit und die sich aus ihnen ergebenden politischen und ethischen Notwendigkeiten zu empfinden, behandelt den Vertrag von Versailles und seine politischen und moralischen Folgen für das deutsche Volk und würdigt die deutsche Reichsverfassung in ihrer historischen und aktuellen Bedeutung. Gemeinsam ist beiden Reden die ethische Forderung von der Pflicht der Mitarbeit am Wiederaufbau des deutschen Volkes. Oncken enthält sich jeder einseitig parteipolitischen Stellungnahme. Wenn er auch, wo es angebracht ist, etwa bei der Kritik der Friedensbedingungen, sich nicht scheut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, so wahrt er doch immer jene wissenschaftliche Objektivität, die den Historiker vor dem Leitartikler, den Gelehrten vor dem Volksredner auszeichnet. So gewinnen diese Reden über ihren aktuellen Anlaß hinaus geschichtlich bedeutsamen, seiddokumentarischen Wert

Preis RM. 1.80

ZENTRALVERLAG · GMBH · BERLIN W35

42 000 Bezirker

unserer Zeitschrift setzen sich

ungefähr wie folgt zusammen:

22 000 höhere Beamte in Reich, Ländern und Gemeinden

10 000 Lehrer aller Gattungen, vom Hochschulprofessor bis zum Dorfschullehrer

3 000 Auslandsdeutsche, vornehmlich Konsulsbeamte Europas

2 000 Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben

5 000 Amtsstuben, Konferenzzimmer, Bibliotheken, Lesesäle

Lesen Sie bitte weiter:

ES
LOHNT
SICH ...

OTTO MACK

BERLIN O 17

AM OSTBAHNHOF 12

POSTKONTORBERLIN 9874

TELEFON: 2. A. 1008

BERLIN, den 1. AUGUST 1929

An die

Armenen-Expedition

Dr. Walter Setafand

Berlin S. W. 48.

Friedrichstr. 279.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich auf die Zeitschrift "Der Heimatdienst" wegen Inserierens aufmerksam gemacht haben und ich kann Ihnen mitteilen, dass der Erfolg meines Inserates ein sehr befriedigender war. Ich habe bereits auf den ersten Inserat über 30 Zuschriften erhalten.

Sie können von diesem Schreiben in jeder Weise Gebrauch machen, und ich danke Ihnen nochmals für Ihre freundliche Beratung in meinen Inseraten-Angelegenheiten.

Hochachtungsvoll!

Otto Mack

Spezialbüro für die Beantwerter

der Vereinigten Krankenversicherungs-A. G.
(vormals Götting, Kosma und Selbsthilfe)

Spezial-Büro für die Beantwerter
1000 Reich, Seite 4.1. im Beiblatt II

SCHON
EIN
INSERAT

